



# Lust auf Zukunft.

**Beschlüsse** des Landesparteitages  
der SPD Thüringen

Arnstadt, 10./11. November 2018

# Inhaltsverzeichnis

## **Leitantrag**

---

Konsequent sozial. Lust auf Zukunft..... 3

## **Europa**

---

Europa: Einig, stark und weltoffen (E1)..... 18

## **Kommunales**

---

Ein Zuhause in Thüringen haben (K1)..... 27

Thüringer Masterplan für Schulsanierungen (K3) . 30

## **Bildung**

---

Gerechte Entlohnung in unseren Kitas (B1)..... 31

„Gute-Kita-Gesetz“ sinnvoll umsetzen (B2)..... 31

Thüringer Gemeinschaftsschule stärken (B3) ..... 31

Reiche Eltern für alle oder endlich echte  
Lernmittelfreiheit in Thüringen (B4) ..... 31

Lehrer\*innen in die Schulen! (B5)..... 32

Einstellung von zusätzlichen Lehrer\*innen  
sowie Initiierung eines Dialogprozesses  
zur Verbesserung der Arbeitssituation an  
Thüringer Schulen (B6)..... 32

Berufsausbildung stärken (B7) ..... 32

Stiftungshochschulen sind keine  
Alternativen! (B8)..... 33

Bessere Betreuungsqualität in den  
Thüringer Kitas! (Ini)..... 33

Gebührenfreier Schulhortbesuch (Ini)..... 33

## **Soziales**

---

Zeit- und Leiharbeit einschränken (S1)..... 34

Mindestlohn muss armutsfeste Altersvorsorge  
ermöglichen (Ini)..... 34

## **Gesundheit**

---

Buchbare Kurzzeitpflegeplätze zur Entlastung  
pflegender Angehöriger (G1)..... 35

Tarifbindung von Pflegeeinrichtungen (G2)..... 35

Vollkasko Pflege-Bürgerversicherung (G3) ..... 35

Arzneimittelpreise stärker regulieren und  
Versandhandel erlauben (G4)..... 36

Pflegenotstand richtig angehen (Ini)..... 36

## **Recht/Justiz**

---

Verbandsklagerecht für Gewerkschaften (RJ1) .... 37

Reißverschluss bei Wahlen (RJ2)..... 37

## **Wohnen/Verkehr/Infrastruktur**

---

Alternative Wohnformen in Thüringen  
ermöglichen (WV1) ..... 38

Einführung einer Fehlbelegungsabgabe (WV2)... 38

Mobilität sichern. Umwelt schützen.  
Fahrverbote flächendeckend verhindern. (Ini) ..... 38

## **Digitales**

---

Digitalisierung in der Arbeit (DIG1) ..... 39

Unterstützung der europäischen  
Internet-Charta (DIG2) ..... 39

## **Jugend**

---

Mehr Mobilität. Für ein echtes Azubi-Ticket! (J1).. 41

Wirksame Maßnahme des Kinder- und  
Jugendschutzes (J2)..... 41

Kinder schützen und stärken! (J3) ..... 42

## **Migration**

---

Refugio e.V. fördern (MIG1) ..... 44

## **Demokratie**

---

Demokratie erlernen und erleben! (D1)..... 45

Gegen jeden Antisemitismus! (D2) ..... 45

Transparente Demokratie (Ini)..... 46

## **Gleichstellung**

---

Bekanntnis zum Landesprogramm für  
Akzeptanz und Vielfalt (GS1) ..... 47

## **Partei/Organisation**

---

Mehr Gleichstellung in der SPD (PO2)..... 48

Barrieren einreißen! Auch bei der  
SPD Thüringen (PO3)..... 48

## Konsequent sozial. Lust auf Zukunft.

### A. Wo wir stehen. Was anders werden muss. Die SPD Thüringen im Aufbruch.

**Thüringen geht es gut.** Wir können stolz sein auf die Leistung der letzten Jahrzehnte: Die Wirtschaft floriert, die Arbeitslosigkeit ist niedrig, Wissenschaft und Kultur haben internationalen Rang, Investitionen in Städte und Gemeinden haben deren Gesicht positiv verändert. Es lebt sich gut in Thüringen. Thüringen ist stark. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf allen politischen Ebenen haben dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Wir können stolz sein auf diese überaus positive Entwicklung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben mit Überzeugung, Sachverstand und Durchsetzungskraft an den entscheidenden Stellen in Kommunen, im Land und Bund unseren Beitrag geleistet, dass Deutschland, dass Thüringen so stark ist.

**Zu viele schauen dennoch voller Sorge in die Zukunft.** Es geht unserem Land besser als je zuvor, doch zu viele sind zutiefst verunsichert. Vielen Menschen geht es gut, aber zu wenige haben teil an diesem Wohlstand. Steuereinnahmen erreichen immer neue Rekordhöhen, gleichzeitig sind Menschen gezwungen, bei den Tafeln um Essen anzustehen. Die Zahl der Einkommensmillionäre wächst, während viele zu sehr niedrigen Löhnen oder in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen arbeiten müssen, die das Risiko der Altersarmut steigen lassen. Das sozialdemokratische Versprechen der Chancengleichheit ist nicht eingelöst: Elternhäuser entscheiden über Bildungswege mehr denn je. Zu viele Jugendliche verlassen die Schulen ohne Abschluss und mit schlechten Berufsperspektiven. Steigende Mieten und Bodenspekulationen sorgen dafür, dass ein großer Teil des Einkommens für Wohnen ausgegeben werden muss. Trotz erheblicher Ausgaben für Familienförderung lebt eine hohe Zahl von Kindern in Armut. Die Polarisierung der Gesellschaft schreitet immer weiter voran. Die ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die Ohnmacht, sich den gesellschaftlichen Entwicklungen entgegenzustemmen, schürt Ängste und Konflikte und hinterlässt Zweifel am politischen System, an unserer Demokratie. Das aufzulösen sind wir aufgerufen.

**Es gibt eine Kluft in unserer Gesellschaft** und die Sozialdemokratie spürt sie mehr als jede andere Partei. Da sind die jungen und international ausgebildeten Menschen, die keine Angst vor der Zukunft haben, ihnen steht die Welt offen. Und es gibt die sorgenvoll in die Zukunft blickenden Bürgerinnen und Bürger, in großen Teilen aus unserer klassischen Wählerschaft. Sie haben Angst vor der Globalisierung, dem Verlust des Arbeitsplatzes und vor einer sich immer schneller verändernden Welt. Wir haben als Sozialdemokratie einen Anteil an dieser Situation in Deutschland. Wir haben Ungerechtigkeiten zugelassen, zum Teil mit unserer Politik befördert.

**Wir Ostdeutsche** haben in den vergangenen Jahrzehnten eine enorme Aufbauleistung vollbracht. Trotzdem sind in Wirtschaft und Verwaltungen, aber auch in den Medien viele Schlüsselfunktionen in der Hand von Menschen, die im Westen der Republik aufgewachsen sind. Noch immer sind in vielen Bereichen die Löhne im Osten niedriger als im Westen. Das führt dazu, dass nicht wenige das Gefühl haben, ihre Lebensleistung werde nicht anerkannt. Es bleibt deshalb eine zentrale Aufgabe für uns, diese Unterschiede weiter abzubauen und selbstbewusst ostdeutsche Erfahrungen und Positionen geltend zu machen.

**Das politische Parteiensystem** ist in Bewegung gekommen. Die Wählerbindung sinkt und der Anteil der Wechselwähler steigt. Zur Wahrheit gehört auch, im Stammland der Arbeiterbewegung vertrauen immer weniger Menschen der Sozialdemokratie. Immer weniger Wählerinnen und Wähler geben uns ihre Stimme. Wir haben unsere Verbindung zur Arbeitnehmerschaft verloren. Trotz mancher Fortschritte, wie zum Beispiel die Einführung des Mindestlohnes oder verbesserte Rentenansprüche, haben wir es nicht geschafft, die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft zu verringern. Unsere Wahlergebnisse sind dafür ein Beleg: Sie waren enttäuschend, auch die aktuellen Umfragen sind unbefriedigend.

**Wir müssen die ausgetretenen Pfade verlassen.** Wir wollen uns den Lebenswirklichkeiten stellen, uns auf unsere gesellschaftliche Verantwortung besinnen und nach neuen Wegen suchen. Unsere SPD ist offen für andere Sichtweisen, für neue Wege, offen für Gleichgesinnte, die mit uns Zukunft neu denken. Unsere SPD will Aufbruch. Zu jedem Aufbruch gehört zunächst eine ehrliche Analyse: Wo stehen wir in Deutschland, wo in Thüringen? Wie ist es um die Sozialdemokratie in unserem Land bestellt?

**Die SPD Thüringen** muss sich wieder stärker als Mitgliederpartei aufstellen und ihre Organisation verbessern. Wir müssen ein Ort der politischen Begegnung und des Austausches um die besten Ideen für unser Land sein. Nur wenn wir uns als eine Partei mit einer breiten und aktiven Mitgliederbasis etablieren, öffentlich in Erscheinung treten und für unsere Werte streiten, können wir Vertrauen zurückgewinnen. Wir brauchen einen Prozess der Stabilisierung und Neuorientierung, einen Aufbruch und frischen Wind. Wir müssen es ab jetzt besser machen. Zeit, umzudenken. Zeit für einen Aufbruch.

Wie kann dieser **Aufbruch** gelingen? Wenn wir Thüringen bewegen wollen, müssen wir uns bewegen. Die Thüringer Sozialdemokratie muss wieder stärker die Alltagssorgen der Bürgerinnen und Bürger verstehen und ihre Probleme lösen. Denn offenkundig haben immer weniger Menschen genau darin Zutrauen. Indem ihre Alltagsthemen für uns handlungsleitend sind, können wir Vertrauen zurückgewinnen. Sozialdemokratische Politik bedeutet, aufmerksam zuzuhören, Stimmungen zu erspüren und mit unserer sozialdemokratischen Haltung konkrete Handlungen abzuleiten. Weniger versprechen, mehr tatsächlich umsetzen. Wir müssen Glaubwürdigkeit zurückgewinnen.

Wir haben eine lange Tradition, wissen um unsere Mission und haben den Mut eine Vision zu entwickeln. Wir stehen seit mehr als 150 Jahren für Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit. Diesen Anspruch muss unsere Politik auch zukünftig verkörpern: Den sozialen Zusammenhalt in diesem Land zu sichern. Die zunehmende Individualisierung, den Rückzug ins Private nehmen wir nicht einfach als unveränderbar hin. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Mitmenschlichkeit einen höheren Wert hat als Egoismus und Ausgrenzung. Wir wollen eine offene Gesellschaft, die Teilhabe auf allen Ebenen ermöglicht und die Menschen positiv in die Zukunft blicken lässt. **Konsequent solidarisch. Konsequent sozial.**

**Die SPD will unser Land aktiv gestalten** und mit frischen Ideen ins nächste Jahrzehnt führen. Allein schaffen wir das nicht. Wir verbünden uns mit den Partnern aus der Zivilgesellschaft, aus Wirtschaft und Kultur, denn diese aktive Beteiligung trägt unsere Gemeinschaft.

Wir brauchen deshalb auch als SPD-Thüringen **Leit- und Orientierungslinien**, die über eine Legislatur hinausreichen. Wir brauchen diese Linien insbesondere dort, wo unsere traditionellen Stärken liegen. Langfristige Ziele lassen sich in der praktischen Politik nicht im Handumdrehen erreichen. Wir sind nicht allein deshalb wortbrüchig, weil wir zunächst praktisch mögliche Schritte gehen und das große Ziel nicht sofort erreichen. Wir haben den Mut, zu unseren Zielen zu stehen, auch wenn nicht alles gleich und nicht vollständig gelingt. Uns leitet ein hoher Anspruch: Wir wollen Thüringen gerechter und sicherer für alle machen, die hier leben. Ein reiches Land, wie unseres bietet dafür gute Voraussetzungen. Die Aufgabe ist trotz allem gewaltig. Wir wollen sie anpacken, gemeinsam mit allen, die sich dafür begeistern lassen.

**Unsere Politik** zielt darauf, dieses Land für alle gleichermaßen lebenswert zu machen. Wir wollen ein Land, in dem Menschen gern leben und arbeiten, Familien gründen und sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder und Enkel die besten Bildungs-, Ausbildungs- und Entwicklungschancen erhalten. Ein Land, das von einer starken innovativen Wissenschaft und Wirtschaft geprägt ist und zugleich seine Ressourcen für spätere Generationen sichert. Ein Land, das die Vorteile von urbanen Zentren und kleinteiligen Strukturen im ländlichen Raum erkennt und nicht gegeneinander ausspielt. Ein weltoffenes und zugleich sicheres Land, in dem es keine Angsträume gibt und sich Menschen – ganz gleich, ob sie hier geboren oder zugewandert sind – sicher bewegen können und zuhause fühlen. Wir stellen uns rechtsextremen Positionen mit allen Mitteln des Rechtsstaats entgegen.

Wir gehen mit Optimismus an diese Aufgabe, weil wir **Lust auf Thüringen, Lust auf die Zukunft** haben.

## **B. Unsere Ziele. Was wir tun werden. Sicher und gut leben in Thüringen.**

Uns leitet ein hoher Anspruch: In den nächsten Jahren setzen wir uns dafür ein, dass Schritt für Schritt jeder und jede hierzulande ein sicheres und gutes Leben führen kann. Wir sind davon überzeugt: In unserem reichen Land sollte sich jede und jeder auf soziale und innere Sicherheit verlassen können. In unserem reichen Land hat jede und jeder einen Anspruch darauf, würdevoll leben zu können. Die Voraussetzungen dafür schaffen wir gemeinsam mit allen, die sich dafür begeistern lassen.

### **Bildung**

Es ist vor allem Bildung, die den Menschen zu dem macht, was er ist. Bildung ist Sprache, Wissen und Können. Bildung formt den Umgang der Menschen miteinander. Sie bestimmt unsere Grundwerte und ermöglicht ein Verständnis für die Welt. Sie bietet Orientierung. Sie sichert die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Bildung öffnet die Möglichkeit auf ein gutes und erfülltes Leben. Sie soll sozialen Aufstieg ermöglichen! Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Deutschland gehört zu den

ungerechtesten Ländern in Sachen Bildung. In keinem entwickelten Industrieland hängen die Bildungschancen der Kinder so stark von ihrer sozialen Herkunft wie in hierzulande. Kinder aus reichen Familien werden privilegiert, Kinder aus armen Familien haben von Geburt an das Nachsehen. Diese Ungerechtigkeit ist ein Skandal und hat sich in den letzten Jahren sogar noch verschärft. Diesen Skandal zu beenden, das ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts!

Bildung ist ein gleiches Bürgerrecht für alle. Deshalb kämpfen wir dafür, dass in unserem Land endlich Bildungsgerechtigkeit wirklich wird. Was ist zu tun?

- Die Qualität unserer Kitas muss besser werden. Deshalb werden wir uns für die Verbesserung des Personalschlüssels einsetzen!
- Privatschulen dürfen nicht länger besser finanziert werden als staatliche Schulen!
- Behinderte Kinder und Jugendliche haben ein Recht, mit ihren Altersgleichen zu lernen. Deshalb werden wir auch künftig Inklusion fördern.
- Kinder aus nicht-deutschen Familien und Kinder auf der Flucht haben ein Recht auf Bildung. Das stellt Schulen vor besondere Herausforderungen. Deshalb benötigen wir zusätzliches Personal in unseren Schulen.

Aus diesem Grund gehört Bildung von jeher zu den Schwerpunkten sozialdemokratischer Programmatik. Bildung muss jedem Menschen zugänglich gemacht werden. Sie darf nicht von der sozialen oder ethnischen Herkunft abhängen. Der Geldbeutel oder der Bildungsstand der Eltern darf keinen Einfluss haben. Jeder Mensch soll die Chancen und die Unterstützung erhalten, sich durch eigene Anstrengungen und Fähigkeiten seine Position in der Gesellschaft zu erarbeiten. Dafür braucht es ein offenes und gerechtes Bildungssystem. Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer müssen mehr Unterstützung erfahren.

### **Gut und sicher leben für Eltern, für Kinder, Jugendliche und Erwachsene.**

Das steht im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik:

- Kindergärten und Schulen brauchen eine auskömmliche Personalausstattung, eine solide materielle Ausstattung und eine funktionierende Gebäudeinfrastruktur. Diese Voraussetzungen für eine gute Bildung müssen überall im Land gegeben sein.
- Kindergärten und Schulen brauchen eine verlässliche Entwicklungsperspektive. Im ländlichen Raum sind Schulen unverzichtbarer Bestandteil der regionalen Infrastruktur. Mit der Gemeinschaftsschule und der Bildung von Schulsprengeln eröffnen wir kleinen Schulstandorten die Möglichkeit zum Erhalt und zur konzeptionell-inhaltlichen Weiterentwicklung.
- Schulen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Sie brauchen Schulämter und eine Bildungsadministration, die sie bei ihrer Arbeit unterstützen und nicht bevormunden. Es braucht einen verbindlichen aber auch dauerhaften Bildungsauftrag, der eigenverantwortliches Handeln in den Schulen ermöglicht.
- Kindergärten und Schulen stehen vor unterschiedlichen Aufgaben. Dort, wo die sozialen und pädagogischen Herausforderungen größer sind, müssen gezielt mehr Lehrkräfte und Sozialpädagogen eingesetzt werden.
- Lernen braucht Zeit und ein stabiles Umfeld. Längeres gemeinsames Lernen kann in Gemeinschafts- und Ganztagschulen am besten gelingen, darum wollen wir sie besonders fördern.
- Nur mit funktionierenden, gut erreichbaren Berufsschulen hat die duale Ausbildung in Thüringen eine Zukunft.
- Auch Hochschulen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und langfristige Entwicklungsperspektiven. Hierzu wollen wir uns weiter für gute Infrastruktur, moderne Lehr- und Forschungsumgebungen und den Ausbau des studentischen Wohnens einsetzen. Wir fordern eine Hochschulfinanzierung durch den Bund, wir werden uns dafür im Bundesrat einsetzen.
- Wer mehr Lehrerinnen und Lehrer benötigt, muss die Voraussetzungen für ihre Qualifikation schaffen. Deshalb werden wir die Lehrerbildung an den Thüringer Universitäten deutlich ausbauen.

Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

- allen Jugendlichen eine gute Bildung garantieren. Wir werden ein Förderprogramm für junge Menschen aus schwierigen Lebensverhältnissen auflegen, damit keiner mehr unsere Schulen ohne einen Abschluss verlassen muss.
- die kostenfreie Bildung von der Kita bis zum Meister, von der Kita bis zum Master unser Ziel ist.

## **Familie**

Das Zusammenleben in Familien ist in den zurückliegenden Jahrzehnten vielseitiger geworden. Neben das klassische Familienmodell sind alleinerziehende Eltern und Patchwork-Familien getreten. Es gibt eheliche, nichteheliche und gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Sozialdemokratische Familienpolitik nimmt alle diese Familienformen in den Blick. Familienmitglieder wollen eigenverantwortlich leben, Zeit füreinander haben, wirtschaftlich unabhängig sein und gute Bedingungen für das Aufwachsen ihrer Kinder bieten. Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Familienpolitik steht, dass diese Ziele unabhängig von der gelebten Familienform verwirklicht werden können. Die Pflege von Angehörigen gehört genauso zur Familie, wie die Erziehung der Kinder und die gemeinsame Freizeitgestaltung.

### **Gut und sicher leben für Familien.**

Das steht im Mittelpunkt unserer Familienpolitik:

- Alle Familienformen müssen anerkannt und rechtlich gleichgestellt werden. Rechtliche Privilegien dürfen nicht für traditionelle Familienformen reserviert bleiben.
- Familien brauchen Zeit und Rückzugsräume. Es muss die gesicherte Möglichkeit geben, die Arbeitszeit den Anforderungen des Familienlebens bedarfsgerecht anzupassen.
- Familien mit Kindern benötigen strukturelle Unterstützung in Form von guten Kinderbetreuungsangeboten und Ganztagschulen.
- Kinder dürfen kein Hemmnis beim Streben nach beruflichem Erfolg sein. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss gezielt ermöglicht werden.
- Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem
- Familien in schwierigen Situationen besondere Unterstützung von Jugendämtern und Beratungsstellen erhalten.
- Alleinerziehende besondere Unterstützung bei der Kindererziehung und für die Vereinbarkeit von Familie/Pflege und Beruf/Studium bekommen.
- mit Hilfe des Landesprogramms „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ eine generationsgerechte und dauerhafte familienunterstützende Infrastruktur in den Kommunen gefördert wird.

## **Jugend**

Jugend ist eine eigenständige Lebensphase. Kindheit und Jugend haben sich in den vergangenen Jahren verändert. Mehr Freizeit und ein Fülle von Angeboten zur Berufsausbildung gehören genauso zur Jugendphase wie Leistungsdruck und Orientierungslosigkeit. Die Welt erscheint heute unsicher und dynamisch zugleich. Im jugendlichen Alter entwickeln junge Menschen eine eigene Sicht auf die Welt. Aufgabe sozialdemokratischer Jugendpolitik ist es, junge Menschen bei der kritischen Auseinandersetzung mit der Welt zu unterstützen. Eine eigenständige Jugendpolitik zu etablieren gehört genauso dazu, wie der Abbau von Ungleichheit und Benachteiligung. Es ist das Ziel sozialdemokratischer Jugendpolitik, die Selbstbestimmtheit und Teilhabe junger Menschen unabhängig vom sozialen Status, Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft oder Wohnort nicht nur sicherzustellen, sondern auszubauen.

Aktuelle Studien dokumentieren, dass wichtige Teile der Jugendämter personell und sächlich ungenügend ausgestattet sind: Viele Aufgaben, wie Prävention, die Familienhilfe, die Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit können so nur unzureichend wahrgenommen werden. Das müssen wir ändern.

### **Gut und sicher leben für Jugendliche.**

Das steht im Mittelpunkt unserer Jugendpolitik:

- Jugendliche brauchen Freiräume, die sie eigenständig gestalten können genauso, wie sie ein flächendeckendes und bedarfsorientiertes Angebot an außerschulischen Bildungs-, Freizeit- und Sportangeboten benötigen.

- Jugendliche müssen mobil sein können, um die bestehenden Angebote wahrnehmen oder eigene Angebote aufbauen zu können. Ein kostenfreier ÖPNV ist hierfür der Schlüssel.
- Jugendliche müssen mitbestimmen können, wenn es um ihre Belange geht.
- Jugendliche brauchen Unterstützung. Leistungsfähige Jugendämter mit einer verlässlichen Personalausstattung sind die entscheidende Voraussetzung für die landesweite Umsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes.

Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

- Jugendliche eine Mindestausbildungsvergütung erhalten, die eine Staffelung nach Branchen vorsieht und sich an den Berechnungen des DGB anlehnt.
- Jugendliche besondere Unterstützung für ihre Mobilität zwischen Wohnort und Ausbildungs- bzw. Schulstandort erhalten. Eine Ausweitung des Azubi-Tickets auf Freiwilligendienstleistende, Schüler\*innen der Oberstufe und das BVJ werden wir einführen.
- wir Freiräume schaffen, die Jugendliche eigenverantwortlich gestalten können. Dafür werden wir die finanziellen Voraussetzungen schaffen, aber auch den Abbau von Hürden in der Verwaltung vorantreiben.
- wir auf der Basis der Landesstrategie Mitbestimmung jugendgerechte Beteiligungsformen in Kommunen, Bildungseinrichtungen und Betrieben weiter vorantreiben.
- wir das Wahlrecht ab 16 für die Thüringer Landtagswahl einführen und eine Bundesratsinitiative zur Einführung des Bundestagswahlrechts ab 16 Jahren starten.

## **Gesundheit und Pflege**

Eine gute medizinische Versorgung gehört ebenso wie eine gute, bezahlbare Pflege zu den Grundpfeilern des vorsorgenden Sozialstaats. Bei der Ausgestaltung des Gesundheits- und Pflegesystems muss der Mensch im Mittelpunkt stehen und nicht die Renditeerzielung. Sozialdemokratische Gesundheits- und Pflegepolitik bedeutet, diese Grundbedürfnisse unabhängig von Einkommen, dem Wohnort oder dem Alter Geltung zu verschaffen. Der uneingeschränkte Zugang zu medizinischer Versorgung und zu Pflegeleistung ist ein elementarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und von existenzieller Bedeutung für die Stärkung des ländlichen Raumes.

### **Gut und sicher leben für Kranke und Pflegebedürftige.**

Das steht im Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik:

- Sowohl die ambulante, als auch die stationäre Versorgung müssen flächendeckend in Thüringen gegeben sein.
- Die Einführung eines Personalschlüssels für die Alten- und Krankenpflege; der Ansatz eine Pflegekraft für zwei Betreuende, ist zu prüfen.
- Die SPD wird dafür sorgen, dass zukünftige Bedarfsplanungen den Gegebenheiten der jeweiligen Region besser angepasst werden. Es muss ein System gefunden werden, nach dem der Einsatz ärztlichen und nichtärztlichen Personals aus Sicht der Menschen optimal gestaltet wird. Im Spannungsfeld zwischen Patienten und Ökonomie stehen wir auf der Seite der Patienten.
- Kommunen und Landkreise müssen in die Lage versetzt werden, Sorge für eine bedarfsgerechte Versorgung in eigener Regie zu tragen.
- Die bundesweit einmalig hohe Privatisierungsquote in der Thüringer Krankenhauslandschaft führt zu erheblichen Problemen bei der notwendigen strukturellen Weiterentwicklung. Wir bekennen uns zu einer Rekommunalisierung von Krankenhäusern, wenn sich dafür die Gelegenheit bietet und sie finanziell vertretbar ist.
- Die Finanzierung der Gesundheitsvorsorge – und dazu gehört ausdrücklich auch die Pflege – muss solidarisch erfolgen.
- Wir sehen in der Generalisierung der Ausbildung für Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege als Chance, aber auch als Risiko. Solange ein erhebliches Einkommensgefälle die drei Berufe voneinander unterscheidet, droht ein Ausbluten des Altenpflegebereichs. Daher sollten wir die Generalisierung als Chance begreifen, einen Impuls für einen Flächentarifvertrag und eine erhebliche Gehaltsanhebung in der Altenpflege zu setzen.

- Die Nachwuchsgewinnung im Ärzte- und Pflegebereich muss durch das Land unterstützt werden. Dabei müssen sowohl finanzielle, als auch bürokratische Hürden in den Blick genommen werden.
- Wir fordern eine bedarfsgerechte Ausweitung der qualifizierungsbegleitenden Hilfen sowohl für Erstauszubildende als auch für Weiterbildung und Umschulung unter Nutzung des bewährten Thüringer Modells der Jugendberufshilfe.
- Wir sehen auch im Bereich der Medizin die Digitalisierung für ein vielversprechendes Hilfsmittel. Instrumente wie E-Akte, die Telemedizin, eine höhere Priorität von Praxen und Kliniken beim Breitbandausbau und eine bessere Kommunikationsinfrastruktur zwischen Ärzt\*innen und Notdiensten sind dabei unsere Ansätze.

Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

- Jede und Jeder innerhalb einer angemessenen Zeit einen Hausarzt oder Facharzt erreichen kann.
- wir die Sozial- und Tarifpartner dabei unterstützen, die unübersichtliche Tariflandschaft in Thüringen mithilfe von Branchentarifverträgen in der Altenpflege zu beenden.

## **Arbeit und Digitalisierung**

Der Thüringer Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren dynamisch entwickelt. Die Arbeitslosenquote im Freistaat ist die niedrigste der ostdeutschen Länder und liegt mittlerweile unter dem Niveau von einigen westdeutschen Flächenländern. Bis zum Jahr 2030 werden in Thüringen voraussichtlich rund 350.000 Fachkräfte benötigt, um neue bzw. freiwerdende Stellen zu besetzen. Die gute Lage am Arbeitsmarkt zwingt die Thüringer Unternehmerschaft, die Niedriglohnpolitik vergangener Jahre zu überdenken. So verzeichnet Thüringern die höchste Lohnsteigerungsrate bundesweit.

Diese positiven Kennziffern dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Jahre als Niedriglohnland - von der CDU gern als Standortvorteil propagiert - noch lange nicht vorbei sind. Geringe Tarifbindung, weniger betriebliche Mitbestimmung, ein überdurchschnittlicher Anteil prekärer Beschäftigung, schlechte Arbeitsbedingungen und Überstunden sind für viele Beschäftigte die Regel. Das muss sich ändern. Gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne, eine gelebte Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und demokratische Teilhabe sind die Basis der sozialen Marktwirtschaft. Sie sorgen in Krisen für Stabilität und sind Erfolgsfaktoren im internationalen Wettbewerb. Sie sind die wirksamsten Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Zukunft.

Arbeit ist mehr als Einkommen. Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. Sie ist Teil des Selbstverständnisses von Menschen. Sie sichert gesellschaftliche Teilhabe. Arbeit kann sinnstiftend sein und ist Ausgangspunkt für Anerkennung. Arbeit gehört zum Menschen. Die Arbeitswelt ist dynamisch, die Arbeitsanforderungen ändern sich. Die Digitalisierung führt zu großen Veränderungen in der Arbeitswelt. Sie birgt Chancen und Risiken. Sie hat massive Auswirkungen auf den Charakter der Arbeit. Digitalisierung beschleunigt die Möglichkeiten zur Kommunikation, der Produktion und des Handelns enorm. Wir wollen, dass alle von der Digitalisierung profitieren. Arbeit wird nicht ausgehen, wie manche behaupten. Es geht darum, für eine neue Arbeitszeitpolitik und mehr Tarifbindung zu sorgen. Es geht um politische Gestaltung mit einer positiven Vision einer Gesellschaft der Guten Arbeit.

Wir werden den Wandel der Arbeitswelt aktiv gestalten, indem wir gemeinsam mit dem Bund die erforderlichen Rahmenbedingungen gesetzlich regeln und Standards setzen, die im gesellschaftlichen Interesse Grundrechte gewährleisten. Es ist unser Anspruch, dass in der digitalisierten Welt der Mensch im Mittelpunkt steht.

### **Gut und sicher leben für Arbeitende.**

Das steht im Mittelpunkt unserer Arbeitsmarktpolitik:

- Arbeit kann dort am besten gelingen, wo planbare, gute und sichere Arbeitsverhältnisse bestehen. Diese sind leistbar, besonders über Flächentarifverträge die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein wirklich auskömmliches Einkommen garantieren.
- Arbeit ist kein Selbstzweck. Sie muss den Erfordernissen der jeweiligen Lebensumstände anpassbar sein. Wir brauchen eine neue Arbeitszeitpolitik, die mittelfristig eine schrittweise Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich einschließt. Ehrenamtliche Arbeit, erzieherische und pflegerische Arbeit in Familie und Gesellschaft brauchen Wertschätzung und angemessene Vergütung.

- Der mit der Digitalisierung verbundene Wandel der Arbeitswelt darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Das gilt insbesondere für die neuen Flexibilitätsanforderungen und -möglichkeiten.
- Eine moderne Personalpolitik, Stärkung und Weiterentwicklung der betrieblichen Mitbestimmung, um sich in der digitalen Welt sowohl beruflich wie als Persönlichkeit weiterzuentwickeln. Das wollen wir aktiv gestalten.
- Arbeit ist fordernd. Eine sich wandelnde Arbeitswelt muss durch entsprechende Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung flankiert werden.
- Menschen, die über einen längeren Zeitraum nicht Teil der Arbeitswelt waren, brauchen individuelle Angebote, um den Übergang zur Erwerbsarbeit zu finden.

Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

- wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrem Kampf um gerechte und auskömmliche Löhne unterstützen.
- wir die Sozialpartnerschaft stärken. Die Gewerkschaften sind Partnerinnen der Sozialdemokratie. Gemeinsam führen wir den Kampf für Gute Arbeit, Mitbestimmung und Tarifbindung.
- ein Mindestlohn vereinbart wird, der ein würdevolles Arbeiten und später eine armutsfeste Rente und ein würdevolles Leben im Alter ermöglicht. Die Ausnahmeregelungen gehören auf den Prüfstand.
- Tarifbindung und innerbetriebliche Mitbestimmung ausgeweitet werden, z.B. durch die Forderung nach Tarifbindung in Förderrichtlinien und Vergaben.
- prekäre Beschäftigungsverhältnisse stärker reguliert, besser noch deutlich eingedämmt werden und die sachgrundlose Befristung abgeschafft wird. Bei der Leiharbeit fordern wir das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit plus Flexibilitätsaufschlag von 10%. An den Regelungen zur Sonn- und Feiertagsarbeit sowie bei der Ladenöffnung halten wir fest.
- wir Thüringen zu einem weltoffenen Land machen, in dem Menschen eine Zukunft haben, unabhängig davon woher sie kommen. Wir setzen uns für die Einführung eines Einwanderungsgesetzes ein, welches den Arbeitsmarkt im Blick hat und Chancen für Menschen schafft.
- der Schutz der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für uns oberste Priorität hat. Der zunehmende Einfluss von Algorithmen, von künstlicher Intelligenz und vernetzten Maschinen auf nahezu alle öffentlichen und privaten Lebensbereiche bedarf regulatorischer Leitplanken, damit auch zukünftig die Selbstbestimmung des Menschen in vollem Umfang erhalten bleibt.

## **Arbeitsmarktreform**

Der Sozialstaat gehört zu den großen Errungenschaften sozialdemokratischer Politik. Er setzt soziale Standards, reguliert ungehemmten Wettbewerb und zieht Grenzen dort, wo Grundrechte gefährdet sind. Der Sozialstaat sichert den Ausgleich zwischen Starken und Schwachen. Er hat sozialen Aufstieg ermöglicht und Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnet. Er ist eine entscheidende Grundlage für den Wohlstand in unserem Land. Ziel sozialdemokratischer Sozialpolitik ist der Schutz vor existenzieller Not, ist Teilhabe und Emanzipation der Bürgerinnen und Bürger. Dies erfordert, den Sozialstaat ständig den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen.

Wir werden uns mit der Agenda 2010 und ihren positiven, aber insbesondere auch negativen Folgen auseinandersetzen. Wir sind überzeugt, dass Arbeitslosigkeit mehr gesellschaftliche als individuelle Ursachen hat. Daher gehört der Grundansatz der Agenda 2010 auf den Prüfstand. Veränderungen müssen dort ansetzen, wo die Regularien die Ursachen von Arbeitslosigkeit verkennen und Arbeitssuchende stigmatisiert und demotiviert werden. Wir wollen Hartz IV überflüssig machen.

Neben der gezielten Unterstützung der Arbeitssuchenden treten wir für eine gerechte Verteilung von Arbeit ein, für den Abbau von Zugangshürden in Betrieben und für ein ausreichendes Arbeitsangebot für Geringqualifizierte.

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre ziehen wir die Lehren und gehen die notwendigen Veränderungen an. Dies gilt insbesondere für die Frage der Grundsicherung für Arbeitssuchende, die Anrechnungsfragen bei Kindern und Jugendlichen und die Sanktionsmechanismen.

In Thüringen ist die Arbeitslosenquote in den vergangenen Jahren kontinuierlich rückläufig, der Anteil der Langzeitarbeitslosen bleibt jedoch beinahe konstant. Offensichtlich profitieren nicht alle Erwerbslosen im gleichen Umfang von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Das müssen wir ändern.

### **Gut und sicher leben für Arbeitssuchende.**

Das steht im Mittelpunkt unserer Arbeitsmarktpolitik:

- Wir machen uns für eine Reform der Grundsicherung stark und nehmen die Arbeitgeberseite in die Pflicht, Hürden bei der Arbeitsaufnahme abzubauen.
- Wir wollen Erwerbslose individuell bei der Suche nach Erwerbsarbeit und der Integration ins Arbeitsleben unterstützen, orientiert an ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten.
- Die Förderpraxis muss individuellere und passgenauere Maßnahmen zur Vermittlung und Befähigung von Erwerbslosen ermöglichen, statt mit dem abstrakten Prinzip des Forderns und Förderns Druck auf Erwerbslose aufzubauen.
- Für einen Teil der Erwerbslosen werden sich trotz intensiver Bemühungen kurz- und mittelfristig keine Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt ergeben. Für sie muss der öffentliche Beschäftigungssektor ausgebaut werden.

Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

- Arbeitssuchende sich auf ihre eigenständige Arbeitssuche konzentrieren können und sie nur in begründeten Ausnahmefällen mit Sanktionen rechnen müssen.
- Langzeitarbeitslose maximale Unterstützung bei der Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt erhalten.
- die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Landes, wie z.B. das Landesarbeitsmarktprogramm, gestärkt werden.
- allen Beschäftigten ein Rückkehranspruch aus der Teilzeit- in die Vollzeitbeschäftigung ermöglicht wird.
- eine Mobilisierungsstrategie 55+ erarbeitet und umgesetzt wird, die den Beschäftigten einen unmittelbaren Übergang in die Rente sichert bzw. ihr Wissen und Know How in der Arbeitswelt zu erhalten hilft.
- wir Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz fördern, die psychische und physische Belastungen von Beschäftigten minimieren.

### **Wirtschaft**

In den Mittelpunkt sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik muss wieder der Mensch treten. Wirtschaftspolitik hat sich in den letzten Jahren zu sehr der Finanz- und Haushaltspolitik untergeordnet. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik muss sich an den Kernzielen stabile Vollbeschäftigung, hohe Einkommen, Mitbestimmung, eine faire Machtbalance auf dem Arbeitsmarkt, Nachhaltigkeit und den Auswirkungen auf die Umwelt messen lassen.

Der bestehende Wohlstand, den Globalisierung und Digitalisierung mit sich führen, muss gerecht verteilt werden. Hierfür muss das Wirtschaftsleben gestaltet und reguliert werden. Das geht nicht mehr allein über den Nationalstaat, sondern nur über ein starkes Europa.

### **Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft**

Das steht im Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik:

- Die Thüringer Wirtschaft entwickelt sich und stellt sich für das 21. Jahrhundert auf. Sowohl die Globalisierung als auch die Digitalisierung bringen neue Herausforderungen mit sich. Um weiterhin an der Spitze zu stehen, sollten wir die Chancen nutzen, um Thüringen optimal aufzustellen. Hierzu wollen wir eine moderne Wirtschaftspolitik, die neue Branchen bewusst integriert.
- Wir erkennen das Potenzial von Künstlicher Intelligenz und Robotik für die thüringische Wirtschaft.
- Wir sind auf dem Weg in eine digitale Gesellschaft – und dieser Weg ist nicht hürdenlos. Wir wollen, dass Thüringen zu der technologischen Modellregion in Deutschland wird. Um neue

Technologien zu testen und diese zu optimieren. Ob Smart Citizens, Kultur in der digitalen Welt oder intelligente Mobilität. Wir wollen dadurch zum Vorreiter werden und den Freistaat attraktiv und zukunftsfähig ausbauen.

Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

- wir insbesondere die KMU bei der Finanzierung von Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen unterstützen.
- wir aktive Tourismusverbände in Gemeinden und Städten bei der Ausweitung und Qualitätsverbesserung ihrer Angebote finanziell stärken.
- wir Startups über die gesamte Entwicklungsphase beratend und finanziell flankieren.
- die Rahmenbedingungen für Soloselbständige und Kreative besonders in den Fokus genommen werden.

## **Wohnen**

Die alte Faustformel von einem Drittel des Einkommens bzw. der Rente für die Miete ist in den Städten Thüringens mittlerweile zu einem Traum geworden. Die Anzahl der belegungsgebundenen Wohnungen geht stetig zurück, der Neubau von Sozialwohnungen findet aktuell praktisch nicht statt. Während die Nachfrage in den großen Städten das Angebot weit übersteigt, fühlen sich viele im ländlichen Raum abgehängt.

Wie sich Quartiere sozial mischen, zeichnet auch unser zukünftiges Zusammenleben vor. Während in den Innenstädten und ausgewählten Vierteln einkommensstarke Mieter und Eigentümer die Mehrheit stellen, steigt die Zahl der Haushalte mit staatlichen Transferleistungen an den Randgebieten unserer großen Städte. Auch das ist eine soziale Frage: Wir dürfen die Spaltung unserer Wohnquartiere nicht hinnehmen. Eine Wohnanschrift darf keine Auskunft über die soziale Herkunft geben. Wohnen muss auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar sein. Dafür werden wir neuen Wohnraum schaffen und Wohnungen erhalten, die Mietpreis- und Belegungsbindungen unterliegen.

### **Gut und sicher leben für Mieterinnen und Mieter.**

Das steht im Mittelpunkt unserer Wohnungspolitik:

- Wir werden ein Bündnis schmieden aus Kommunen, der organisierten Wohnungswirtschaft und dem Mieterbund, um gemeinsam die besten Lösungen für die Mieterschaft, für gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften und die Eigentümer von privat genutztem Wohnraum in Thüringen zu finden.
- Wir werden den Bund auffordern, den gemeinnützigen Wohnungsbau wieder einzuführen und dazu die Bundessteuergesetzgebung anzupassen.
- Das werden wir erreichen, indem wir den sozialen Wohnungsbau wieder attraktiv machen. Das bedeutet auch, dass die Baukosten und Baunebenkosten gesenkt werden müssen.
- Spekulation mit Bauland muss ein Ende gesetzt werden und
- Kommunen müssen beim Wohnungsbau stärker vom Land unterstützt werden. Das heißt auch, dass wir Standards und Wohnungsbau-Richtlinien überprüfen müssen, um schneller und effizienter bauen zu können.

Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

- niemand mehr als ein Drittel seines Einkommens bzw. der Rente für die Miete ausgeben muss.
- genügend Sozialwohnungen überall, besonders in den großen Städten zur Verfügung stehen.
- Studierende, Auszubildende, im BVJ und im Freiwilligendienst beschäftigte genügend Wohnraum zu guten und günstigen Bedingungen vorfinden. Für Studierende sollte der Mietzins dem BAföG-Anteil für Wohnen entsprechen.

## **Ländlicher Raum**

Rund 90 Prozent der Fläche Thüringens zählt zum ländlichen Raum. Für die Menschen hier bietet er eine besondere Form von Lebensqualität. Mit seinen Lebens- und Erholungsräumen, seiner vielfältigen Kulturlandschaft und der diversifizierten Unternehmenslandschaft hat der ländliche Raum maßgeblichen Anteil an der Identität Thüringens und bietet Heimat für viele Thüringerinnen und Thüringer. Die Thüringer Bevölkerung wird bis 2035 um rund 10 % sinken. Während Städte wie Erfurt,

Eisenach, Nordhausen und Jena mit konstanten bzw. leicht steigenden Einwohnerzahlen planen können, müssen sich ländlich geprägte Gebiete wie der Kyffhäuserkreis, Sonneberg oder das Altenburger Land auf negative Wachstumsraten von 20 % und mehr einstellen. Gleichzeitig sind es gerade diese Regionen, die sich mit den Anforderungen einer alternden Gesellschaft konfrontiert sehen.

Die demografische Entwicklung, geprägt von stetigem Bevölkerungsrückgang und einer alternden Gesellschaft, stellt viele ländliche Regionen vor große Herausforderungen. Hier fehlt es häufig an sozialer Infrastruktur, an öffentlichem Nahverkehr und einer digitalen Infrastruktur. Durch die demographische Entwicklung werden die Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Regionen weiter zunehmen. Die Lebensqualität insbesondere im ländlichen Raum zu erhalten und zu verbessern, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse herzustellen, ist eine der zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre. Einschränkungen in sozialen und kulturellen Angeboten oder im öffentlichen Personennahverkehr führen dazu, dass der ländliche Raum für alle Generationen unattraktiver wird. Wenn Schulen, Begegnungs- und Jugendzentren, Freibäder und Bibliotheken schließen, wenn der öffentliche Nahverkehr nicht mehr die Möglichkeit bietet, in die nächste größere Stadt zu gelangen, sinkt die Lebensqualität erheblich. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bedeutet für uns, den besonderen Verhältnissen im ländlichen Raum Rechnung zu tragen. Nur wenn wir es schaffen, vor Ort Strukturen zu etablieren, die auch für junge Menschen und Familien attraktiv sind, wird der ländliche Raum nicht mehr in Frage gestellt.

### **Gut und sicher leben für Menschen im ländlichen Raum.**

Das steht im Mittelpunkt unserer Politik für den ländlichen Raum:

- Wir werden verhindern, dass sich Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land weiter auseinanderentwickeln. Wir wollen mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Vorhalteprinzip für Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge entwickeln.
- Infrastruktur soll auch dann erhalten werden, wenn bestimmte Nutzungszahlen nicht erreicht werden.
- Wir wollen die Finanzkraft der Kommunen stärken und so Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume für die Menschen vor Ort schaffen. Kommunen in der Haushaltsicherung führen wir zu finanzieller Stabilität. Die Kommunen, die trotz größter Anstrengungen in Haushaltsicherung verbleiben, versetzen wir in die Lage, die Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten.
- Wir setzen auf Breitbandversorgung als Zugang zu flächendeckender gesellschaftlicher Teilhabe und als wirtschaftlicher Standortvorteil. Um von den Chancen der Digitalisierung profitieren zu können, müssen Unternehmen, touristische Einrichtungen und Betriebe sowie private Haushalte in ganz Thüringen auf eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur zurückgreifen können. Wir werden den Breitbandausbau mit modernsten Technologien weiter vorantreiben.
- Wir werden die interkommunale Zusammenarbeit ausbauen.
- Wir werden die regionale Wirtschaftsentwicklung vorantreiben.

Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

- kostengünstige Nahverkehrsangebote im ganzen Land verfügbar sind.
- Modellvorhaben für Ruftaxis und Rufbusse finanziell unterstützt werden.
- kleine Schulstandorte über Kooperationsmodelle erhalten werden.
- Arztpraxen über die Ausweitung Medizinischer Versorgungszentren erhalten bleiben.
- der Breitbandausbau forciert wird, so dass jeder Haushalt bis 2020 über mindestens 50 Mbit/s verfügt.
- kleine Gewerbegebiete bis 2020 mit mindestens 100 Mbit/s versorgt sind und der Ausbau von flächendeckenden Glasfasernetzen FTTB bzw. FTTH bis 2025 erfolgt.

### **Rente / Härtefallfonds**

Eine gute und sichere Versorgung im Alter ist eine zentrale Lebensfrage. Ob und wie diese Frage beantwortet ist entscheidend dafür, ob die Menschen dem Sozialstaat und der Handlungsfähigkeit von Politik vertrauen. Wir suchen den Schulterchluss mit den Gewerkschaften und den Sozialverbänden. Wir werden uns in der Bundespolitik für die jetzige und kommende Generation der Rentnerinnen und

Rentner stark machen. Das ist die Voraussetzung für eine dauerhafte Akzeptanz der gesetzlichen Rente.

190.000 Thüringerinnen und Thüringer gehen in den nächsten 10 Jahren in den Ruhestand. Nicht wenige von ihnen haben in den vergangenen Jahren über ein sehr geringes Arbeitseinkommen verfügt. Wir werden alles tun, dass in einem reichen Land wie Deutschland Altersarmut verhindert wird. Dazu werden Änderungen der Rentenpolitik im Bund einfordern.

Es gibt bis heute teilungs- und transformationsbedingte Härtefälle bei der Rente, für die abschließende Regelung gefunden werden müssen. Etwa für Reichsbahner, Beschäftigte in der Braunkohle oder vor 1992 Geschiedene muss endlich eine Lösung gefunden werden. Wir setzen uns dafür ein.

### **Gut und sicher leben für Seniorinnen und Senioren.**

Das steht im Mittelpunkt unserer Rentenpolitik:

- Eine starke gesetzliche Rente, die armutsfest ist und einen möglichst hohen Lebensstandard ermöglicht.
- Renten- und Versorgungsfragen im Alter müssen wieder stärker zu einer solidarischen Frage der gesamten Gesellschaft gemacht werden. Der private Sektor bietet keine umfänglichen Lösungen.
- Eine durch Beiträge und Steuern finanzierte Erwerbstätigenversicherung für alle - also auch eine Öffnung der gesetzlichen Rente für Beamte und Selbständige.
- Es braucht eine Erhöhung des Rentenniveaus und die Stabilisierung der Beitragssätze. So verhindern wir Altersarmut und belasten die arbeitende Bevölkerung nicht übermäßig.
- Die verbliebenen Ungleichheiten im gesamtdeutschen Rentensystem zwischen West und Ost müssen abgeschafft werden. Ausgleichsfonds bieten hier eine Lösung.
- Renten müssen Phasen der Krankheit, unterbrochener Erwerbsbiografie, Zwangsteilzeit oder niedrigen Löhnen Rechnung tragen, damit diese nicht zur Armutsursache im Alter werden.
- Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem
- Seniorinnen und Senioren besondere Unterstützung zur Teilhabe an der Gesellschaft und zur Vermeidung von Einsamkeit und Isolation erhalten.
- auch im Alter Teilhabe an der Gesellschaft durch entsprechende Mobilitätsangebote gewährleistet ist.

### **Innere Sicherheit in einer starken Demokratie**

Die Welt ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten unübersichtlicher geworden, die Bundesrepublik sieht sich mit einer verschärften Sicherheitslage konfrontiert. Daraus ergeben sich reale Bedrohungen und Ängste der Menschen in unserem Land, die wir ernst nehmen müssen. Wir wollen dem Recht auf öffentlich garantierte Sicherheit Rechnung tragen. Der Wunsch nach mehr Gerechtigkeit darf nicht zur Einschränkung von Freiheitsrechten oder der Stigmatisierung von Minderheitenrechten führen. Das sozialdemokratische Verständnis von innerer Sicherheit zielt auf das Zusammenspiel von Prävention, Stärkung des inneren Zusammenhalts der Gesellschaft und der Arbeit der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden. Wir nehmen die Ursachen und Wirkungen von Kriminalität in den Blick.

Die Fakten sprechen für sich: Thüringen ist ein vergleichsweise sicheres Bundesland. Damit das zukünftig so bleibt, müssen wir die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden personell und sächlich besser in die Lage versetzen, ihrer Arbeit nachzukommen. Unabhängig davon müssen wir auch die Arbeitsbedingungen der Sicherheits- und Rettungskräfte in den Fokus nehmen und die Berufe attraktiver machen: Wir wollen gute Bezahlung, gute Ausbildung und bessere Aufstiegsmöglichkeiten. Auch Respektlosigkeit und Gewaltbereitschaft gegenüber Rettungskräften sagen wir den Kampf an mit konsequenter Verfolgung und Bestrafung. Wir werden hierzu sensibilisieren und Maßnahmen fördern, die die Akzeptanz für die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden erhöhen.

Die freiwilligen Feuerwehren sichern mit ihrem ehrenamtlichen Engagement den flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutz. Hinzu kommt, dass sie vor Ort wichtige Kinder- und Jugendarbeit leisten und das Fundament bürgerschaftlichen Engagements vor Ort sind. Deshalb wollen wir weiterhin das Ehrenamt und die Nachwuchsarbeit in diesem Bereich stärken und fördern.

Eine größer werdende Zahl von Menschen fühlt sich nicht hinreichend durch die demokratisch legitimierten Institutionen vertreten. Darunter leiden die Akzeptanz politischer Entscheidungen und das

Ansehen der Demokratie insgesamt. Dem werden wir uns stellen. Wir wollen die Bürgerschaft schon während der Entstehung von Gesetzen stärker einbeziehen und die Transparenz staatlichen Handelns verbessern. Wir wollen die Möglichkeiten der Einflussnahme von Bürgerinnen und Bürgern erweitern, über wichtige Sachfragen direkt zu entscheiden.

Wir wollen ein weltoffenes Thüringen in einem humanen Europa. Menschen, die aus für uns unvorstellbaren Verhältnissen fliehen und hier Asyl begehren, bieten wir unser Willkommen und gute Nachbarschaft. Zum Asylverfahren gehört auch, dass bei Nicht-Gewährung des Schutzstatus' auch eine Aufenthaltsbeendigung erfolgt. Dies ist Teil des rechtsstaatlichen Verfahrens. Bei abgelehnten Asylanträgen verlassen heute im Übrigen die meisten Menschen Deutschland wieder durch selbstständige Ausreise. Denen, die durch eine Straftat ihr Bleiberecht verwirkt haben, müssen wir die Tür weisen. Allerdings gilt auch hier die Einzelfallprüfung: in der Regel steht die Verbüßung der Strafe in einem deutschen Gefängnis vor der Abschiebung. Erst nach Verbüßung der Straftat ist bei schweren Straftaten zu prüfen, ob unmittelbar danach eine Abschiebung erfolgt. Wir unterstützen und fordern europäische Lösungen für Asylverfahren, Rückführung oder Integration von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen. Wir unterstützen diejenigen, die sich ehrenamtlich und täglich hundertfach um Integration bemühen.

Feinden der Demokratie, der Verfassung und der Menschenrechte stellen wir uns entschieden entgegen. Dabei setzen wir zur frühzeitigen Erkennung und Gefahrenabwehr sowohl auf den Thüringer Verfassungsschutz, die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden, als auch auf die zivilgesellschaftlichen Akteure. Nicht zuletzt die enge Bindung zwischen der AfD und rechtsradikalen Gruppierungen dokumentiert die Notwendigkeit für ein Überwachungsorgan, um die freiheitlich demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik und in Thüringen gewährleisten zu können.

### **Gut und sicher leben für die Bevölkerung.**

Prävention und Repression, Aufklärung und Kommunikation sind unverzichtbare Mittel, um das Sicherheitsversprechen gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern einlösen zu können.

Das steht im Mittelpunkt unserer Politik für innere Sicherheit:

- Wir werden die Polizei, Justiz und den Justizvollzug personell und technisch bestmöglich ausstatten.
- Dazu gehört auch die konsequente Digitalisierung, um Strafverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen.
- Die IT-Systeme von Polizei und Justiz müssen besser vernetzt werden zum Austausch von Informationen.
- Wir setzen uns ein, für die Entlastung von Polizei und Justiz von sachfremden und Verwaltungsaufgaben.
- Wir setzen auf eine verstärkte Kommunikation über die Ursachen und Präventionsmöglichkeiten in Bezug auf Gewalt und Kriminalität und unterstützen hierbei die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure.

Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

- die Polizei jeden Ort in Thüringen in einer angemessenen Zeit erreichen kann.
- der Stellenabbau bei der Polizei beendet wird und demgegenüber die Stellen für Polizei und Justiz deutlich aufgestockt werden.
- die Feuerwehren und Rettungsdienste jeden Ort in einer angemessenen Zeit erreichen können.
- wir die Digitalisierung konsequent vorantreiben, um die Ermittlungsarbeit und die Strafverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen.
- die IT-Systeme von Polizei und Justiz zum Austausch von Informationen besser vernetzt werden.
- Wir uns für eine hohe Qualität bei der Ausbildung von Polizist\*innen stark machen. Das bedeutet gleichzeitig, dass wir der Einrichtung der sogenannten Wachpolizei, wie sie in anderen Bundesländern bereits existiert, eine deutliche Absage erteilen.

## **Stark gegen Rechts**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen überzeugt für die Demokratie. Wir stellen uns Diskriminierungen von Menschen aufgrund ihres Geschlechts, Hautfarbe, Religion oder sexuellen Orientierung entgegen. Wir setzen uns für ein weltoffenes und tolerantes Thüringen ein. Wir wollen, dass jeder Mensch selbstbestimmt, frei und akzeptiert leben kann. Rassismus und Diskriminierung dürfen in Thüringen keinen Platz haben.

Aus dem Thüringenmonitor wissen wir jedoch, dass ein hoher Prozentsatz an Menschen in Thüringen rechtsextreme Einstellungen hat. Hinzu kommt eine seit vielen Jahren verfestigte Neonaziszene mit einem hohen Aktionsniveau. Seit 2017 hat die Anzahl und Zahl der Teilnehmenden an rechten Konzerten und Veranstaltungen dramatisch zugelegt. Parallel wird eine hohe Zahl rechter und rassistischer Gewalttaten im Freistaat dokumentiert. Es braucht also dringend eine aktive und offene Auseinandersetzung mit Rassismus und rechten Einstellungen, um unser Ziel eines demokratischen und weltoffenen Thüringens zu realisieren.

Der Kern der Terrorgruppe des sogenannten NSU stammt aus Thüringen, war hier aufgewachsen und hat sich auch hier radikalisiert. Auch nach dem Ende des NSU-Hauptprozesses und der Verurteilung der Angeklagten muss die Aufarbeitung des NSU weitergehen. Deshalb setzen wir uns für die Fortsetzung des NSU-Ausschusses auch in der nächsten Legislaturperiode ein.

Das steht im Mittelpunkt unserer Arbeit gegen Rechts:

- Wir wollen das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit verstetigen.
- wir unterstützen die Initiative auf Bundesebene ein Demokratiefördergesetz zu verabschieden. Neben wichtigen Angeboten für Kinder und Jugendliche liegen uns Projekte mit Erwachsenen sehr am Herzen, denn Rechtsextremismus findet sich in allen Altersgruppen. Gleichzeitig müssen wir weiterhin in die Forschung zum Thema Rechtsextremismus und in Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus investieren.
- wir wollen weiterhin „mehr Demokratie wagen“ und die Mitbestimmung in allen Lebensbereichen stärken: Vom Kindergarten bis zur Hochschule, im Betrieb und in der Kommune. Dafür braucht es auch eine strukturelle Unterstützung, daher setzen wir uns für die Einrichtung einer Servicestelle Mitbestimmung ein.
- wir unterstützen insbesondere den Vorschlag eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle auf Landesebene zu schaffen und wollen die Enquetekommission des Thüringer Landtags zu Ursachen und Formen des Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen fortsetzen.
- wir werden die Verbindlichkeit zur Auseinandersetzung mit Rassismus und Diskriminierung für die Beschäftigten der Polizei, in Bildungseinrichtungen und Kindertagesstätten, Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie für Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung erhöhen.

Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

- wir die Straf- und Sicherheitsbehörden stärker für Ursachen und Folgen von rechter Gewalt sensibilisieren und
- gleichzeitig alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Nazi-Konzerten und -veranstaltungen keine Freiräume zu ermöglichen.

## **Umwelt, Energie und Mobilität**

Die Energiepolitik beeinflusst praktisch alle Lebensbereiche. Sie verändert die Struktur von Wirtschaft und Arbeit, erzwingt neue Wege im Bereich Mobilität und Bauen und beeinflusst ganz konkret unsere täglichen Konsumgewohnheiten. Die zentrale Aufgabe ist es, diese Bereiche im Rahmen einer integrativen Energiewende sinnvoll miteinander zu verbinden.

Ökologische und nachhaltige Politik, muss dabei aber auch immer sozial und gerecht sein. Ökologische Erneuerung, bezahlbare Energiepreise, Versorgungssicherheit und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es gilt den Dreiklang aus Ökologie, Ökonomie und Sozialem zu wahren. Wir brauchen hierzu eine gut koordinierte und ambitionierte Energiepolitik, mit gemeinsamen Zielen auf Landes- und Bundesebene, die aber Rücksicht nimmt auf lokale und regionale Besonderheiten und vor allem die Bürgerinnen und Bürger vor Ort einbezieht.

Die vollständige Energiewende gelingt nur, wenn wir die erneuerbaren Energien in den Mittelpunkt der Erzeugungsstrukturen stellen und die konventionellen Energieträger ergänzend dort einsetzen, wo es nicht anders möglich bzw. aus Gründen der Versorgungssicherheit notwendig ist. Dezentrale, regionale Erzeugungsstrukturen stehen dabei im Vordergrund. Eine dezentral gestaltete Energiewende bringt nicht nur den Klimaschutz voran, sondern auch die regionale Wertschöpfung – gerade in den ländlichen Regionen.

Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen der Energieerzeugung im Zuge der Energiewende ist allerdings der Aus- und Umbau der Übertragungs- und Verteilungsnetze unvermeidlich. Es gilt, den Um- und Ausbau der Erneuerbaren Energien und den Um- und Ausbau der Netze miteinander zu synchronisieren. Als Transitland zwischen den Stromproduzenten im Norden und den großen Verbrauchern im Süden ist Thüringen aufgrund seiner zentralen Lage durch den Ausbau der Übertragungsnetze, der sogenannten Stromautobahnen, besonders belastet. Das vorrangige Ziel muss sein, einen Neubau von Trassen – wo immer möglich – zu vermeiden und vorhandene Leitungen aufzurüsten.

Für uns ist Mobilität ein Schlüsselthema, das die Bereiche Wohnen, Arbeit, Kultur und Freizeit, Raumplanung und Stadtgestaltung, Energie und Dienstangebote als weitgefassten Komplex verbindet. Mobilität im weiten Sinne ist heute mehr denn je eine soziale Frage. Der Zugang zu attraktiven Mobilitätsangeboten entscheidet zunehmend über die Frage der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Zugleich ist Mobilität in einer globalisierten Welt für unsere Unternehmen essentiell.

Der Zugang zu attraktiven Mobilitätsangeboten entscheidet zunehmend über die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Diejenigen, für die ein eigenes Auto unerschwinglich ist, können oftmals nicht auf die Alternative des Individualverkehrs zurückgreifen.

Nachhaltige Politik umfasst für uns jedoch mehr als Energie- und Verkehrspolitik. Wir setzen auf einen verantwortungsvollen Umgang mit unserer Umwelt und den natürlichen Ressourcen. Die Boden-, Luft- und Wasserqualität in Thüringen sollen verbessert werden. Zudem wollen wir ein ökologisches Flächenmanagement mit Aufforstung und Begrünung in Stadt und Land. Die industrielle Massentierhaltung gilt es zugunsten moderner und ökologischer Landwirtschaft zurückzudrängen. Außerdem ist ohne eine Stärkung der Recyclingwirtschaft und der Sharing Economy kein Umdenken in der Nachhaltigkeits- und Umweltpolitik möglich.

### **Gut und sicher leben für kommende Generationen.**

Das steht im Mittelpunkt unserer Energie-, Umwelt- und Verkehrspolitik:

- wir wollen eine integrative Energiewende, die sich an den Zielen ökologischer Erneuerung, bezahlbare Energiepreise und Versorgungssicherheit orientiert.
- wir wollen, dass die Frage der Mobilität keine Frage des Geldbeutels ist. Wir setzen uns daher für ein einheitliches, \*vom Land finanziertes\* Thüringer Nahverkehrsticket ein, dessen Preis sich am Semesterticket orientiert und das für Menschen unter 18 Jahren komplett kostenlos ist. Wir sind uns zugleich bewusst, dass das Auto seine wichtige Rolle für die individuelle Mobilität – gerade für Pendler – behält und daher bezahlbar bleiben muss. Eine Privatisierung der Straßeninfrastruktur lehnen wir ab – Mobilität ist und bleibt eine gesellschaftliche Aufgabe.
- wir wollen den Umstieg hin zu einer umweltverträglicheren Mobilität weiter forcieren. Hier wollen wir die Infrastruktur für den Fahrradverkehr - innerörtliche Fahrradspuren, sichere Abstellmöglichkeiten oder Radschnellwege - und die Elektromobilität weiter fördern und ausbauen. Neue Mobilitätsideen wie das Carsharing oder Park&Ride wollen wir weiter unterstützen. Wir wollen, dass alle Menschen in Thüringen – gerade auch im ländlichen Raum – von guten Verkehrsanbindungen profitieren können. Hierzu wollen wir das bestehende Eisenbahnnetz erhalten und ausbauen und zusätzlich durch ein Busnetz im Taktverkehr verstärken.

Wir setzen uns für ein sicheres und gutes Leben ein, indem

- umweltbelastende Unternehmen durch Beratung und finanzielle Anreize unterstützt werden, ihre Produktion umweltfreundlicher zu gestalten.
- Modellvorhaben für umweltfreundliche Mobilitätsangebote wie z.B. das Projekt kostenloser ÖPNV besser finanziell unterstützt werden.
- der zusätzliche Flächenverbrauch minimiert wird.

- Biosphärenreservate erhalten und die Akteure besser unterstützt werden.
- Energiepolitik sich an den Zielen ökologische Erneuerung, Bezahlbare Energiepreise, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit orientiert
- Die notwendige und gesellschaftlich geforderte Neuorientierung der Land- und Forstwirtschaft zu mehr naturverträglichen Wirtschaften durch finanzielle Anreize zu fördern und zu unterstützen.
- Landwirte unterstützt werden, die den Wandel von konventioneller zu moderner Landwirtschaft mit ökologischem Anbau und verträglicher Tierzucht vorantreiben.

**Konsequent sozial. Lust auf Zukunft.**

## Europa: Einig, stark und weltoffen (E1)

Die SPD ist Europapartei. Wir sehen unsere Zukunft, unser Wohlergehen und unsere moralische Verantwortung in einem demokratischen, einigen, starken und weltoffenen Europa.

Europa ist für uns ein Friedensgeschenk, das wir bewahren müssen. Der friedliche und demokratische europäische Einigungsprozess in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert hat den Krieg und den kalten Krieg in Europa überwunden. Deutschland hat Europa besonders viel zu verdanken. Europa hat uns die Chance eines Neubeginns nach den Naziverbrechen eröffnet, die Aussöhnung mit unseren Nachbarn ermöglicht und damit auch die Deutsche Einheit. Nur so konnte die Selbstverständlichkeit des europäischen Miteinanders entstehen, die sich auf wunderbare Weise als Generation Erasmus manifestiert und zunehmend zur Lebenswirklichkeit in Europa wird.

Europa ist im globalisierten 21. Jahrhundert darüber hinaus eine Notwendigkeit, weil der Nationalstaat fast überall an seine Grenzen stößt. Kein europäisches Land alleine kann sich im Konzert der Weltmächte Gehör verschaffen und sich erfolgreich für eine regelbasierte und multilaterale Weltordnung einsetzen. Kein Land alleine kann die Flüchtlingskrise meistern oder erfolgreich eine gute wirtschaftliche und politische Entwicklung in Afrika und Vorderasien befördern. Kein Land alleine kann sich schützen in einer Zeit, da die USA, der wir unglaublich viel zu verdanken haben, mit Trump unzuverlässig geworden sind. Kein Land alleine kann eine gedeihliche Nachbarschaft mit Russland oder eine gute und tragfähige Partnerschaft mit China und Indien erfolgreich gestalten.

Kein Land alleine kann den globalen Kapitalismus zur sozialen Marktwirtschaft zähmen. Kein Land alleine kann gerechte Steuern und einen starken Sozialstaat sichern, kann den globalen Finanzsektor bändigen. Kein Land alleine kann in unserer europäischen Währungsunion erfolgreich sein. Kein Land alleine kann so überzeugend offene und faire Handelspolitik betreiben, wie die Europäische Union gemeinsam mit dem größten Binnenmarkt der Welt im Rücken. Keinem Land alleine werden Klimaschutz und Energiewende gelingen. Kein Land alle kann die menschliche Ausgestaltung der fortgesetzten digitalen Revolution schaffen.

Europa muss sich rasch weiterentwickeln, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Die Rechtspopulisten lauern nur darauf, dass die Europäische Union als weltweit herausragendes soziales Fortschrittsprojekt jenseits des Nationalstaats scheitert. Es ist kein Zufall, dass Donald Trump und seinen nationalistischen Helfer in Europa und Deutschland die Europäische Union so gezielt bekämpfen. Ein pro-europäischer Präsident Emmanuel Macron in Frankreich und eine pro-europäische Regierung in Deutschland ist für Europa nach vielen Jahren der Zögerlichkeit und des Durchwurstelns eine einmalige Gelegenheit, um die Herausforderung anzunehmen und die nächsten Schritte für Europa zu wagen. Diese Chance gilt es zu nutzen.

„Der neue Aufbruch für Europa“ ist ein sozialdemokratisches Projekt im besten Sinne. Zukunftsgewandt, aber nicht geschichtsvergessen. Kühn, aber nicht utopisch. Sozial und zugleich weltoffen. Freiheitlich und demokratisch, aber mit und nicht gegen einen starken Staat. Angesichts der europapolitischen Orientierungslosigkeit der Union in den letzten Monaten ist es höchste Zeit, dass der neue Aufbruch für Europa im Sinne des geltenden Koalitionsvertrags und der pro-europäischen Tradition von Konrad Adenauer und Helmut Kohl auch wieder ein christdemokratisches Projekt wird. Mit Schönwettereuropäern, die bei Landtagswahlen dann lieber der AfD hinterherlaufen, kann der Aufbruch kaum gelingen.

Die SPD Thüringen setzt sich für ein einiges und starkes, soziales und weltoffenes, demokratisches und freiheitliches Europa mit einem starken gemeinsamen Menschenrechts- und Grundrechtsfundament ein. Nur mit vereinten Kräften hat Europa die Chance, die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern, unserer Verantwortung gerecht zu werden und unseren Bürgerinnen und Bürgern zu dienen.

### Probleme im Innern der Union angehen

Die Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der Europäischen Union nach Außen hängt maßgeblich von unserer Fähigkeit ab, die verschleppten Probleme im Innern endlich anzugehen. Dies gilt insbesondere für die institutionellen Unzulänglichkeiten, die die Eurokrise und die Flüchtlingskrise begünstigt haben. Der Euro als europäische Währungsunion und das Europa der offenen Grenzen im Innern sind großartige und unverzichtbare europäische Errungenschaften. Aber seinerzeit wurde weder

der Vertrag von Maastricht, mit dem der Euro geschaffen wurden, noch das Schengener Abkommen, mit dem die Grenzen im Innern der EU gefallen sind, wirklich krisenfest ausgestaltet. Das muss nun dringend nachgeholt werden, und zwar möglichst im Konsens. Das darf aber nicht bedeuten, dass die Zögerlichsten in der Koalition und die langsamsten europäischen Partner das Tempo bestimmen. Sonst wird daraus schnell ein Programm zur Stärkung der Rechtspopulisten statt zur Lösung der Probleme Europas.

Es ist ein gefährliches politisches Paradox, dass die kurzfristigen Risiken der Euro- und Flüchtlingskrise überschätzt, die langfristigen jedoch unterschätzt werden. Tatsächlich hat sich der Zustand der Währungsunion in den letzten 5 Jahren deutlich verbessert und die Flüchtlingszahlen sind rückläufig. Dies ist auch eine Folge eines vergleichsweise erfolgreichen Krisenmanagements. Aber gleichzeitig sind wir auf eine neuerliche Eurokrise oder auf eine neuerliche Flüchtlingskrise noch immer nicht gut vorbereitet. Deshalb ist jetzt der richtige Moment, endlich vom Krisenmanagement, bei dem man auf Sicht fährt, umzuschwenken auf eine längerfristig orientierte Politik, die die Probleme wirklich löst.

Bildhaft gesprochen heißt das, wir brauchen jetzt nicht immer mehr Eimer auf dem Dachboden, sondern Dachdecker, die das Dach sanieren, während die Sonne scheint. In der Bundesregierung ist dabei die Bundeskanzlerin besonders gefragt, die im letzten Jahrzehnt eher als taktische Krisenmanagerin denn als Problemlöserin hervortrat. Auch deshalb kommt den zuständigen Fachministern ein hohes Maß an Verantwortung zu. Dies gilt in besonderem Maße für die Großthemen Flüchtlingskrise und Zukunft des Euros. Im Gegensatz zu Olaf Scholz wurde hier Horst Seehofer seiner Verantwortung erkennbar nicht gerecht.

## **Währungsunion vollenden**

Dem Bundesfinanzminister ist es gemeinsam mit Frankreich rasch gelungen, eine inhaltliche fundierte Vertrauensbasis zur Lösung auch schwieriger Probleme in der Eurozone zu schaffen. Der Grundgedanke, dass Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten und Investoren mit mehr europäischer Solidarität im Krisenfall kombiniert werden muss, überzeugt. Dies Prinzip kommt beim geplanten Ausbau der Bankenunion zur Anwendung, indem eine stärkere Verlustverantwortung der Gläubiger mit einem robusteren Stabilisierungsinstrument kombiniert wird. Er prägt auch die Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zum europäischen Währungsfonds und die verbesserte Möglichkeit zur Restrukturierung von Staatsanleihen überschuldeter Mitgliedstaaten, ohne dabei die Finanzstabilität zu gefährden oder den Steuerzahler zu belasten.

Einen entscheidenden Akzent hat Olaf Scholz auch mit seinem Vorschlag für eine europäische Arbeitslosenrückversicherung gesetzt. Dabei wird die nationale Selbstvorsorge in den Arbeitslosenversicherungssystemen verbindlich eingefordert, so dass nur bei extremen wirtschaftlichen Schocks eine europäische Rückversicherung aktiviert wird, die befristet zur Abfederung einspringt. So wird das soziale Europa deutlich gestärkt und die Stabilität der Währungsunion ohne die Gefahr von Dauertransfers deutlich verbessert.

Auf Basis dieser guten Zusammenarbeit wird man auch das heikle Problem der Wettbewerbsfähigkeit angehen können. In einer Währungsunion kann das Problem sehr unterschiedlicher Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr einfach über den Wechselkurs gelöst werden. Für Krisenländer können anderthalb Jahrzehnt der Stagnation und Massenarbeitslosigkeit die Folge sein, mit dramatischen gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen. Dagegen mit einer großen Transferunion anzugehen, wäre für die stärkeren Länder extrem teuer und für die Krisenländer erniedrigend. Deshalb lehnen wir dies ab. Stattdessen ist für die starken Länder und die Währungsunion insgesamt eine zügige symmetrische Anpassung besser. Das heißt, die Krisenländer werden lediglich temporär und gezielt im Rahmen eines klar umgrenzten Eurozonenbudgets bei produktivitätssteigernden Investitionen und Reformen unterstützt. Gleichzeitig bauen die starken Länder ihre hohen Leistungsbilanzüberschüsse durch Zukunftsinvestitionen im Inland und durch angemessene Lohnsteigerungen ab. Kurzum: Zur Vollendung der Währungsunion ist noch viel zu leisten, aber die Arbeit geht voran.

## **Humanitären Umgang mit Flüchtlingen und Schutz der Außengrenzen europäisieren**

Was Horst Seehofer hat als Innenminister bisher zur Lösung der Flüchtlingskrise beigetragen hat, grenzt dagegen an Arbeitsverweigerung. In den europäischen Ratssitzungen sucht er nicht nach tragfähigen europäischen Regelungen, sondern glänzte lange durch Abwesenheit. Stattdessen hielt er Deutschland über Wochen mit einem geheimen Masterplan in Atem, der nun dazu führt, dass an drei Grenzübergängen in Deutschland täglich etwa fünf Flüchtlinge aufgehalten werden sollen. Von seinem

unsäglichen Vorgehen im Fall Maaßen ganz zu schweigen. Diese Simulation von Politik war ein Trauerspiel, das sich in dieser Koalition nicht wiederholen darf.

In Europa müssen wir Flüchtlingspolitik endlich europäisch gestalten und nicht mehr so, als hätten wir noch Grenzen im Innern. Der humanitäre Umgang mit Flüchtlingen und der Schutz der Außengrenzen müssen endlich zur gesamteuropäischen Aufgabe werden. Das bedeutet, wir müssen beides europäisch finanzieren und organisieren. Im Ergebnis kann Europa damit seiner humanitären Verantwortung besser gerecht werden und zugleich wird der Kontrollverlust an den Außengrenzen gestoppt. Statt Idomeni hätten wir gut ausgestattete Erstaufnahmestellen für Flüchtlinge, klare und rasche Anerkennungsverfahren, und eine faire Beteiligung aller Mitgliedstaaten an der weiteren Unterbringung der Flüchtlinge im Sinne unserer Gesetze.

Wenn alle Länder wissen, dass die Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen europäisch erstattet werden, wird es leichter sicherzustellen, dass sich jeder Mitgliedstaat angemessen beteiligt. Gleichzeitig entschärft man so die Sorge ärmerer Inländer, dass sie mit Flüchtlingen um knappe Mittel konkurrieren müssen. Umgekehrt muss sichergestellt sein, dass die europäischen Außengrenzen überall nach den gleichen Kontroll- und Menschenrechtsstandards geschützt werden. Auch wird man sich schrittweise auf ein europäisches Asylrecht verständigen müssen.

Zusätzlich benötigt Deutschland dringend einen glaubwürdigen Masterplan für Integration und ein modernes Einwanderungsgesetz. In allen integrationsrelevanten Bereichen benötigen wir ambitionierte und zugleich realistische Ziele, an denen sich die Politik dann auch messen lassen muss. Dies gilt für den Spracherwerb, für die Ausbildung und die Arbeitsmarktintegration. Wer zu uns kommt, muss die Chance auf und die Unterstützung für Integration bekommen und zugleich müssen wir als Gesellschaft diese Integration auch einfordern. Dabei bedeutet Integration nicht kulturelle Überanpassung, sondern die notwendige sprachliche und kulturelle Integrationsleistung, die eine unabdingbare Voraussetzung für ein gedeihliches Miteinander in einem modernen Einwanderungsland ist. Dazu gehört ein modernes Einwanderungsgesetz, das für Deutschland eine Frage der Zukunftsfähigkeit ist. Damit auch wird erreicht, dass sich Anträge für eine berufsbedingte Einwanderung nach Deutschland in Zukunft in Herkunftsländern stellen lassen, statt dass gefährliche Fluchtwege und das für eine klassische Einwanderung nicht gemacht Asylverfahren zum Zwecke der klassischen Einwanderung beschritten werden. Perspektivisch wird es auch hier europäische Standards geben müssen, zum Beispiel um die heutige Praxis zu unterbinden, dass einzelne Mitgliedstaaten gegen viel Geld Staatsbürgerschaften zu verkaufen, die dann allerdings Zugang zum gesamten europäischen Arbeitsmarkt bietet. Nur wer bereit ist, sich dieser politischen Mammutaufgabe über die kommenden Jahre zu stellen, taugt zum Bundesinnenminister.

## **Soziales Europa stärken**

Die Europäische Union steht für einen starken Sozialstaat. Mit dem Wissen, dass ungleiches Vermögen mit ungleichen Chancen einhergeht, versteht sich die SPD als starke Stimme für die Interessen und Belange der europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für uns ist die europäische Frage insbesondere eine soziale Frage. Dabei müssen wir feststellen, dass der weiterhin überwiegend national organisierte Sozialstaat zunehmend an seine Grenzen stößt. Dies liegt an der zunehmenden grenzüberschreitenden Mobilität innerhalb der EU, die eine Erfolgsgeschichte sowohl aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger wie auch aus Sicht der Wirtschaft darstellt.

Aber es darf nicht sein, dass der Binnenmarkt die national organisierten Sozialstaaten in eine destruktive Konkurrenzsituation miteinander bringt. Diese Form von sozialem Unterbietungswettbewerb, bei der am Ende die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Leidtragenden sind, gefährden den sozialen Frieden, befördern nationalistische und protektionistische Reflexe und bedrohen unseren Wohlstand und den europäischen Zusammenhalt.

Deshalb fordern wir die Einführung eines europaweiten Systems von Mindestlöhnen. Sie müssen jeweils einen angemessenen Mindestprozentsatz des jeweiligen nationalen medianen Stundenlohnes betragen. Und deshalb setzen wir uns ein für die Stärkung der europäischen Zuständigkeit bei der Zurückdrängung von Lohndumping und Sozialabbau, bei der Bekämpfung von Jugend- und Massenarbeitslosigkeit. Die europäische Jugendgarantie, die in zahlreichen Gipfelerklärungen den Jungendarbeitslose überall in Europa innerhalb von 4 Monaten ein Beschäftigungsangebot, einen Ausbildungs- oder Praktikumsplatz oder eine Fortbildung in Aussicht gestellt hat, muss endlich umgesetzt werden.

Wir fordern, die die heutige Generaldirektion Beschäftigung zu einer handlungsfähigen Europäischen Arbeitsbehörde auszubauen, der ein europäischer Arbeitsminister vorsteht. Dabei geht es nicht darum, das Subsidiaritätsprinzip auszuhebeln. Sondern es geht darum zu verhindern, dass der

Standortwettbewerb die Arbeitnehmerrechte aushebelt. Die Europäische Arbeitsbehörde müsste folgerichtig überall dort ihre Zuständigkeit erhalten, wo die nationalen Regelungen offensichtlich überfordert sind. Dies gilt natürlich insbesondere für den Schutz grenzüberschreitender Beschäftigungsverhältnisse und die Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping.

Es muss in der EU gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Nur so kann können Tarifverhandlungen vernünftig geführt, kann der Sozialstaat ordentlich funktionieren. Die Reform der EU-Entsenderichtlinie ist ein wichtiger Schritt, um diesen Grundsatz in Europa endlich wirkungsvoll durchzusetzen. Es darf nicht der einzige bleiben. Soziale Rechte und wirtschaftliche Freiheiten endlich gleichrangig behandelt werden. Dafür müssen soziale Rechte im Primärrecht, also in den europäischen Verträgen, verankert werden. Und ihre Einhaltung muss durch die Europäische Arbeitsbehörde kontinuierlich überwacht werden. Nur so verhindert man Sozialdumping nachhaltig. Der auf dem Gipfel von Göteborg beschlossene „Europäische Säule Sozialer Rechte“ müssen nun endlich Taten folgen.

## **Steueroasen trockenlegen**

Der soziale Ausgleich braucht ein faires Steuersystem, sonst macht die entgrenzte Marktwirtschaft den Sozialstaat kaputt. Derzeit ist unser Steuersystem durch immer neue grenzüberschreitende Steuervermeidungs- oder gar Steuerhinterziehungsmodelle bedroht. Dies gilt sogar innerhalb der Europäischen Union. Denn die heutigen Regeln des europäischen Binnenmarkts erschweren es, unfairen Steuerpraktiken innerhalb der EU beizukommen.

Diese Steueroasen müssen wir endlich trockenlegen, durch mehr Transparenz, aber vor allem durch bessere Regel. Wenn es offenbar nicht möglich ist, eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer zusammen mit Mindeststeuersätzen auf europäischer Ebene zu vereinbaren, müssen einige Länder vorangehen und gleichzeitig die Grenzen der Regeln des Binnenmarkts zur Bekämpfung der Steuerflucht beherzt ausloten. Hierzu zeichnet sich zunehmend eine Bereitschaft zwischen Paris und Berlin ab, genauso wie in der Frage der Besteuerung der Digitalen Plattformen. Außerdem ist nun endlich, nach Jahren des Zauderns ein deutsch-französischer Konsens erreicht worden zur Einführung der ersten Stufe einer echten Finanztransaktionssteuer. Weiterhin begrüßen wir den Vorschlag, endliche eine globale Mindestbesteuerung für internationale agierende Unternehmen durchzusetzen. Nun müssen den Worten Taten folgen.

## **Infrastrukturen stärken und Kohäsion sichern**

Die Stärkung der grenzüberschreitenden Infrastrukturen und die Fortsetzung der Kohäsionspolitik ist von entscheidender Bedeutung, damit Europa zusammenwächst und nicht einzelne Regionen abgehängt werden. Um die Akzeptanz der klassischen Kohäsionspolitik zu stärken und sie nachhaltig auszugestalten, sollte die Kosten-Nutzen-Analyse sowohl hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Instrumente wie auch hinsichtlich der unterschiedlichen regionalen Wirksamkeit systematisiert werden. Gleichzeitig muss der Infrastrukturpolitik ein größerer Stellenwert zukommen. Die europäischen Verkehrsachsen müssen vollendet werden, um alle bedeutenden Ballungsräume miteinander zu verbinden und als grenzüberschreitende Entwicklungsachsen zur wirtschaftlichen Angleichung von ländlichen Räumen beitragen.

Der europäische Binnenmarkt benötigt leistungsfähige Infrastrukturen. Dabei sind Straße, Schiene und Digitalinfrastruktur gleichermaßen zu fördern, damit das grenzüberschreitende Zusammenwachsen Europas umweltverträglich und zukunftssicher zu gestalten. Die Erfahrung zeigt, dass die Summe nationaler Verkehrspolitiken regelmäßig nicht zu einem europäisch kohärenten Infrastrukturnetz führt, so dass die europäische Kompetenz und Finanzierung hier weiter verstärkt werden muss. Dem öffentlichen Fernverkehr und auch dem grenzüberschreitenden Nahverkehr kommt ihr eine besondere Bedeutung zu.

## **Europäische Grundrechte ausbauen**

Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und insbesondere der Europäischen Grundrechte ist für die Zukunft Europas von existenzieller Bedeutung. Zu einem gemeinsamen Verfassungsstaat Europa ist es noch ein weiter Weg. Aber die aktuellen Entwicklungen in einigen Mitgliedstaaten zeigen, wie drängend es ist, den Grundsätzen, die im Vertrag über eine Verfassung für Europa verhandelt worden waren, überall in Europa zuverlässig Geltung zu verschaffen. Die seinerzeit vereinbarte Formulierung in Art. 1 -2 hat an Dringlichkeit gewonnen: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen

Mitgliedsstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

## **Europäische Union nach außen stärken**

Von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Europäischen Union wird ein verbesserter Außenaustritt mit vereinten Kräften sein. Grundsätzlich ist in allen EU-Mitgliedstaaten die Einsicht schon länger vorhanden, dass im globalisierten 21. Jahrhundert die europäischen Nationalstaaten in vielen Bereichen an ihre Grenzen stoßen und nur noch gemeinsam handlungsfähig sein werden. Aber noch vor einigen Jahren glaubten die meisten, dass es sich hierbei um eine Einsicht handelt, die eher längerfristig ihre praktische Politikrelevanz entfalten würde. Dies hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert, was vor allem an am US-Präsidenten Donald Trump liegt.

Die führende Weltmacht USA ist unter Donald Trump für Europa leider zu einem unzuverlässigen Partner geworden. Vor Trump war der vergleichsweise niedrige Entwicklungsstand der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik kein so drängendes Problem, weil im Ernstfall auf die transatlantische Partnerschaft bei allen Unterschieden letztlich Verlass war. Gleichzeitig gab es eine gemeinsame globale Agenda zwischen den USA und der EU, nämlich die Stärkung einer regelbasierten und multilateralen Weltordnung. Nun ist aber Trump erkennbar der Überzeugung, dass weder verlässliche Partnerschaften noch der Aufbau einer multilateralen Weltordnung im strategischen Interesse der USA liegen.

Deshalb muss die Europäische Union beschleunigt eine eigenständige außen- und sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit erlangen. Glücklicherweise ist diese nun rasch erforderliche größere Selbstständigkeit Europas nicht gegen die transatlantische Partnerschaft gerichtet. Vielmehr dürfte es uns sogar einer der Ära nach Trump erleichtern, diese transatlantische Partnerschaft, der Deutschland und Europa sehr viel verdankt, zu erneuern. Um in diesen Bereichen die Handlungsfähigkeit der Union zu stärken, ist sowohl formell wie informell ein höheres Maß an Kompetenzübertragung auf die europäische Ebene erforderlich samt vermehrten Entscheidungen jenseits der Einstimmigkeit. Dies gilt insbesondere in der klassischen Sicherheits- und Außenpolitik, der Entwicklungspolitik und der Energie- und Klimapolitik. Der europäischen Handelspolitik mit ihrem hohen Grad der Vergemeinschaftung kommt hier eine Vorreiterrolle zu.

## **Außen- und Sicherheitspolitik**

Die Stabilisierung und Weiterentwicklung einer regelbasierten und multilateralen Weltordnung ist im ureigenen Interesse der Europäischen Union. Die Welt braucht ein Europa, das sich einsetzt für die Stärke des Rechts statt das Recht des Stärkeren, und damit Wegbereiter für kooperative Lösungen der globalen Herausforderungen ist. Unabhängig von der politischen Situation in den USA, dies diesbezüglich lange zentraler Akteur waren und es hoffentlich auch wieder werden, sind hierfür belastbare Partnerschaften mit China, Russland, Indien und anderen starken und perspektivisch globalen Akteuren erforderlich. Diese Partnerschaften müssen wir stärken und weiterentwickeln, bilateral und in den multilateralen Institutionen. Partnerschaftliche Zusammenarbeit heißt für uns ein vertrauensvolles, aber kein naives Vorgehen. Vielmehr funktionieren solche Partnerschaften nur mit einem klaren Blick sowohl für gemeinsame wie auch für divergierende Interessen, gemeinsame Wertvorstellung wie auch Problembereiche.

Gleichzeitig ist eine rasche Europäisierung der Verteidigungspolitik geboten. Dabei geht es nicht um eine Militarisierung der Europäischen Union. Vielmehr geht es darum, eine sehr teure, und national weiterhin stark fragmentierte Beschaffungspolitik und Rüstungsindustrie zu konsolidieren. Der aktuelle Zustand der Ausrüstung der Bundeswehr ist ein gutes Beispiel dafür, wohin die bisherige Politik der nationalen Silos geführt hat. Außerdem ist der Exportdruck kleinteiliger nationaler Rüstungsindustrie besonders groß, da die heimischen Aufträge nicht ausreichen, um die Entwicklungskosten zu refinanzieren. Die Europäisierung sollten wir auch dadurch befördern, dass wir mit unseren europäischen Partner eine Vereinbarung erreichen, die rein nationalen Rüstungsaufgaben nominal auf dem aktuellen Stand einzufrieren. Zusätzliche Mittel sollten es in dem Bereich grundsätzlich nur für gemeinsame europäische Vorhaben zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollten diese europäischen Ausgaben aufgrund ihrer höheren Wirksamkeit mit einem Europafaktor deutlich größer 1 in den Berechnungen für die Verteidigungsausgaben verbucht werden. Das von US-Präsident Trump eingeforderte 2-Prozent-Ziel bei den Verteidigungsausgaben lehnen wir auch deshalb ab.

## Nachbarschaftspolitik

Gleichzeitig gilt es, die regionale Zusammenarbeit in der Nachbarschaft der Europäischen Union zu stärken. Regionale Wirtschafts-, Entwicklungs-, Migrations- und Sicherheitspartnerschaften in Osteuropa, in Vorderasien, und im Mittelmeerraum werden für die dynamische Entwicklung und die Stabilität unserer Weltregion von zentraler Bedeutung sein. Die heutigen Instrumente der Nachbarschaftspolitik müssen entsprechend weiterentwickelt werden. So müssen Entwicklungspolitik, Sicherheitspolitik, Bildungspolitik, legale Einwanderungspolitik und Flüchtlingspolitik im Sinne einer nachhaltigen Partnerschaft miteinander verzahnt werden. Dabei sollte auch eine noch stärkere Prioritätensetzung für bilaterale Beziehungen mit strategischer Bedeutung auch im Sinne einer demokratischen, freiheitlichen und menschenrechtsorientierten Entwicklung erreicht werden. Hierfür sind entsprechende Vorkehrungen für die nächste EU-Haushaltsperiode zu treffen.

Der Partnerschaft mit Russland kommt für die Europäische Union eine besondere Bedeutung zu. Die EU und Russland sind wechselseitig auf eine gute Nachbarschaft angewiesen, um Frieden und Wohlstand in unserer Weltregion zu sichern. Dies dürfen wir auch in einer schweren Krise der Beziehungen, wie sie aufgrund der Destabilisierung der Ostukraine und der Annexion der Krim entstanden ist, nicht vergessen. Ziel muss es bleiben, den Einstieg in den Ausstieg aus den Wirtschaftssanktionen zügig zu erreichen, und zwar Zug um Zug auf Basis von Fortschritten bei der Umsetzung des Minsk-Abkommens mit Blick auf den Friedensprozess in der Ukraine. Parallel muss die Zusammenarbeit auch jenseits der Wirtschaftsbeziehungen zu befördert werden, um einer drohenden Entfremdung der europäischen und russischen Gesellschaften entgegenzuwirken. Hierbei sollten Jugend- und Studierendenaustauschprogramme sowie der Hochschul- und Forschungskooperationen ausgebaut werden.

## Entwicklungspolitik

Den Mitgliedstaaten muss es endlich gelingen, ihre nationalen Entwicklungspolitiken auf europäischer Ebene zu bündeln. Dies ist kein einfacher Schritt angesichts der entwicklungspolitischen Kompetenzrängeleien die es sogar auf nationaler Ebene immer wieder zwischen unterschiedlichen Ressorts gibt. Gleichwohl ist dieser Schritt dringend erforderlich, um die Effektivität unserer Entwicklungshilfe zu erhöhen und die Empfängerländer von der oft kaum mehr lösbaren Aufgabe der „Geberkoordinierung“ zu entlasten. Zusätzlich hätte die Europäisierung den Vorzug, dass damit einige problematische ex-koloniale Verquickungen in bilateralen Entwicklungshilfebeziehungen aufgelöst werden könnten. Eine zügige Bündelung der Entwicklungspolitik auf europäischer Ebene ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklungspartnerschaft mit Afrika. Unser Ziel ist eine Entwicklungspartnerschaft mit Afrika auf Augenhöhe im vollen Bewusstsein unserer gemeinsamen Zukunft und unserer Verantwortung angesichts der kolonialen Vergangenheit.

Von Ost- und Südasiens lässt sich lernen, dass das exportgetriebene Wirtschaftswachstum oft einen größeren Anteil an der Entwicklung hat, als die Entwicklungshilfe selbst. Deshalb ist der Ausbau fairer und nachhaltiger Handelsbeziehungen mit unseren afrikanischen Nachbarn, die unter dem Wettbewerb aus Asien in den letzten 20 Jahren etwas gelitten haben, eine hohe Priorität. Dazu müssen insbesondere nicht-tarifäre Handelshemmnisse, Governance- und Infrastrukturprobleme deutlich konsequenter angegangen werden, ohne dabei soziale Aspekte zu vernachlässigen. Im 21. Jahrhundert sollte eine gute Entwicklungspolitik immer auch eine rasche Vertiefung der tatsächlichen Handelsbeziehungen im Blick haben, im Sinne eines fairen Handels, der sich an beiderseitigen Wohlstandsgewinnen, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialem Ausgleich messen lassen muss.

## Handelspolitik

Für unseren Wohlstand ist ein regelbasierter, offener und fairer Welthandel von zentraler Bedeutung. Die offene Missachtung von Donald Trump und seiner Administration für die Regeln der WTO ist deshalb eine doppelte Gefahr. Einerseits droht unser bilaterale Handelskonflikt mit den USA inzwischen zu einem Handelskrieg zu eskalieren, mit potenziell großem wirtschaftlichen Schaden auf beiden Seiten des Atlantiks und speziell auch für Deutschland. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die WTO mit ihrem Regelsystem insgesamt dabei nachhaltigen Schaden erleidet. Die Stillhaltevereinbarung zwischen US-Präsident Trump und Kommissionspräsident Juncker verschafft uns nur etwas Aufschub und ist noch keine Lösung. Deshalb kann und muss es gelingen, weltweit neue Allianzen zu schmieden. Sogar in China, das sich bislang auch nicht immer regelkonform verhalten hat, wächst die Einsicht, dass ein Zusammenbruch des Welthandelssystems auch nicht in ihrem Interesse sein kann.

Parallel muss der zügige Ausbau unseres Netzes von bilateralen Handelsabkommen gelingen. Dabei geht es nicht um den naiven Glauben an den Segen von entfesselten Handelsströmen. Vielmehr sind

solche Abkommen aktuell der vielversprechendste Weg für vertiefte und faire Handelsbeziehungen mit klaren und fortschrittlichen Regeln und eine kluge Antwort auf den Trumpschen Protektionismus. EU-Handelsabkommen müssen weiterhin ambitionierte Bestimmungen zum Umwelt- und Arbeitnehmerschutz beinhalten. Außerdem ist sicherzustellen, dass es zu keiner Gefährdung der kommunalen Daseinsvorsorge kommt und mit dem Investorenschutz keine demokratischen Entscheidungsprozesse durch die Hintertür ausgehebelt werden. Nach langen Verhandlungen konnten mit Kanada im CETA-Abkommen entsprechende Maßstäbe gesetzt werden. Hinter diese darf man in zukünftigen Abkommen nicht zurückfallen.

## **Energie- und Klimapolitik**

Mit dem Pariser Klimaabkommen wurde ein wichtiger Erfolg in einer zentralen Menschheitsfrage erzielt. Aber die eigentliche Arbeit liegt noch vor uns. Europa muss es in einer gemeinsamen Anstrengung gelingen, die eigenen Klimaschutzziele auch wirklich zu erreichen, und dass zu möglichst geringen wirtschaftlichen Kosten. Die betroffene Branchen müssen sich dem Strukturwandel stellen, statt ihn zu vertagen, um ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern. Gleichzeitig stehen wir für eine Politik, die den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitern insbesondere in strukturschwachen Regionen neue Perspektiven eröffnet. Deshalb schlagen wir einen Europäischen Energiewendefonds vor, vergleichbar mit dem bereits bestehenden Europäischen Globalisierungsfonds, durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer europäisch unterstützt werden, die aufgrund der Globalisierung ihren Arbeitsplatz verlieren. Wenn die Energiewende in Deutschland oder anderen nationale Klimaschutzinitiativen nicht endlich sinnvoll europäisiert werden, werden die hohen Systemkosten der nationalen Silolösungen die Einhaltung der Klimaschutzziele bereits mittelfristig ernsthaft gefährden. Auch in technologischen Systemfragen müssen wir deutlich enger europäisch und international zusammenarbeiten, um dank technischem Fortschritt auch dort weiterzukommen, wo die Klimaschutzdiplomatie bislang keine verbindlichen Regelungen erreichen konnte.

Gleichzeitig benötigen wir eine konsequente Europäisierung des Strom- und Gasmärkte. Nur so lassen sich die Erfordernisse des Klimaschutzes, der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit miteinander in Einklang bringen. Beispielsweise ließe sich mit europäischen Netzen und einem europäischen Strommarkt das Problem von Speicherung und Reservekapazitäten für schwankende Erneuerbare grenzüberschreitend deutlich besser und günstiger lösen. Darüber hinaus ließen sich regionale Standortvorteile für erneuerbare Energien, insbesondere bei Sonne, Wind und Wasserkraft viel konsequenter nutzen, was die Kosten der Energiewende deutlich reduzieren würde. Aber auch der aktuelle Streit um Nord Stream 2, ein Infrastrukturprojekt, das mit einem funktionierenden gesamteuropäischen Gasmarkt erkennbar nicht nur im deutsch-russischen, sondern im gesamteuropäischen Interesse wäre, ließe sich so elegant entschärfen.

## **Disruptive Innovationen und digitale Governance**

Europa muss eine der führenden Innovationsregionen der Welt sein und bleiben. Für uns sind wissenschaftliche und technische Innovationen ein ganz wesentlicher Bestandteil der politischen Gestaltung unserer Zukunft. Sie muss zunehmend auf die europäische Ebene gehoben werden, um global eine tragende Rolle übernehmen zu können. Deshalb unterstützen wir das Vorhaben, die EU-Agentur für disruptive Innovationen nach dem Vorbild von DARPA in den USA einzurichten. Auch setzen wir uns für die Verdopplung der Forschungsausgaben im 9. Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe im Vergleich zum 8. Forschungsrahmenprogramm auf ein Gesamtbudget von deutlich über 100 Milliarden Euro ein. Dies muss gekoppelt werden mit einer stärkeren strategischen Priorisierung und der Zweigleisigkeit von Exzellenz in der Forschung (Labs) und Exzellenz in der innovativen Produktion (Fabs), ganz im Sinne des Lamy-Berichts.

Die Zukunft des Internets muss demokratisch gestaltet werden. Es kann nicht sein, dass einige wenige privatwirtschaftliche und gewinnorientierte Digitalplattformen darüber bestimmen, wie die digitalen Räume im Netz auszusehen haben. Die Frage, wie die Digitale Gesellschaft in Zukunft aussehen soll, welche Rechte und Pflichten dort gelten, muss demokratisch mit politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen innerhalb einer multilateralen Global-Governance-Struktur beantwortet werden. Hier kann Europa mit intelligenter Regulierung eine Vorreiterrolle spielen, die dann eine gute Chance hat, die Basis für einen globalen Standard zu werden, wie das Beispiel der Datenschutzgrundverordnung zeigt.

Die Demokratisierung der Digitalisierung muss bei uns vor Ort anfangen. Die Menschen in den Städten und Kommunen in Europa müssen Teil der digital-demokratischen Meinungs- und Willensbildung sein. Dafür brauchen wir eine digitale Grundversorgung mit kostenlosen Zugängen zum Netz an öffentlichen Orten, mit einer freien Informationsversorgung im Netz für eine informierte Öffentlichkeit, mit freier

Open-Source-Software insbesondere auch für kommunale Anwendungen. Aber zu schaffen ist das nur mit einem europäischen Rahmen. Deshalb fordern wir einen einheitlichen europäischen Standard zur digitalen und informationellen Grundversorgung, eine europäische Softwareinitiative für öffentliche Anwendungen in Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen und eine europäische Ausgestaltung des öffentlich-rechtlichen Informationsauftrags im digitalen Zeitalter.

Genauso wichtig ist die Zukunftssicherung der privaten Contentanbieter und hier nicht zuletzt der Medien und des unabhängigen Journalismus. Deshalb müssen die hochprofitablen Internetgiganten endlich wirkungsvoll zur Refinanzierung von Content, vom dem sie profitieren, herangezogen werden. Dies muss aber im europäischen Urheberrecht auf eine Art und Weise geschehen, die das Internet als offene und innovative Plattform für Privatpersonen und Start-Ups erhält und nicht etwa die Vormachtstellung der großen Plattformen zementiert.

Mit der Digitalisierung geht auch ein kultureller und gesellschaftlicher Wandel einher. Im Idealfall stellt die dezentrale Architektur des Internets so manche überkommene Hierarchie in Frage, stellt im Idealfall Aufklärung und Wissen über Macht und Position und ermöglicht so einen neuen Demokratisierungsschub. Im ungünstigsten Fall hingegen ermöglicht das Internet einen neuen Überwachungsstaat, schürt durch digitale Filterblasen die Entstehung eines anti-aufklärerischen Wutbürgerturns und macht die Manipulation von Demokratie möglich. Durch entsprechende europäische Regulierung der großen Internetplattformen und durch Förderung von nicht-kommerziellen Plattformen müssen wir die Freiheit des Internets sichern und die Voraussetzung dafür schaffen, dass sich Bürgerinnen und Bürger mündig und souverän in der digitalen Gesellschaft bewegen und zurechtfinden können.

## **Handlungsfähigkeit der Europäischen Union verbessern**

Ohne eine deutliche Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union wird sich diese ambitionierte Zukunftsagenda nicht umsetzen lassen. Hierfür notwendig ist insbesondere eine ausreichende finanzielle Untersetzung der europäischen Zukunftsaufgaben für die nächsten EU-Haushaltsperiode sowie eine Stärkung der europäischen Demokratie und Öffentlichkeit. Außerdem ist ein Bewusstseinswandel bei den Regierungen der Mitgliedstaaten erforderlich. Auf erstarkende neo-nationalistische Strömungen darf nicht länger mit nationaler Engstirnigkeit und ängstlichen Formelkompromissen reagiert werden, die Europa lähmen. Stattdessen benötigen wir wirkungsvolle europäische Lösungen, deren Mehrwert sich vermitteln lässt.

## **Mehrwert Europas und der mehrjährige Finanzrahmen (2021-2027)**

Damit der beschriebene Mehrwert Europas im Außenauftritt auch umgesetzt werden kann, ist ein grundlegender Umbau des Europäischen Haushalts erforderlich. Der Kommissionsvorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 zeigt hierfür gute Ansätze auf, indem er Ausgaben für Zukunftsfelder deutlich aufstockt, während Kürzung in historischen gewachsenen Teilen des Haushalts vorgeschlagen werden, wie zum Beispiel der Landwirtschaftsförderung. Aber um die ambitionierten Ziele wirklich zu erreichen, wird man in der Umschichtung der Mittel von historisch gewachsenen Ausgaben hin zu Zukunftsfeldern noch mutiger sein müssen. Darüber hinaus fordern wir eine deutliche Verlagerung von Ausgaben aus den nationalen Haushalten hin zum europäischen Haushalt überall dort, wo eine europäische Verausgabung effektiver wäre.

Wo der Nationalstaat an seine Grenzen stößt, spart eine Umschichtung der Mittel von den nationalen Haushalten hin zum Europäischen Haushalt schlicht Geld. Denn es geht hier nicht um zusätzliche Mittel, sondern allein um die Frage, auf welcher Ebene die Mittel wirkungsvoller zum Einsatz kommen können. Anhand von fundierten Studien sollten wir eine genauere Vorstellung davon zu entwickeln, in welchen Bereichen der europäische Mehrwert in diesem Sinne in den kommenden Jahren am größten sind. Entsprechende Studien müssen rasch vorgelegt werden, bevor die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen finalisiert werden können. Deutschland und Frankreich kommt hier eine Schlüsselrolle zu.

## **Europäische Demokratie weiterentwickeln**

Eine starke Demokratie braucht ein starkes Parlament. Das Europäische Parlament repräsentiert die Bürgerinnen und Bürger der EU direkt und muss deshalb weiter gestärkt werden. Deshalb sollte das Europäische Parlament das Initiativrecht erhalten und mehr Rechte bei der Ernennung und Kontrolle der Europäischen Kommission bekommen. Der Spitzenkandidatenprozess zur Europawahl muss beibehalten und die Rolle von europäischen Parteien nachhaltig gestärkt werden. Kommission und Europaparlament sind Regierung und Parlament Europas. Das muss anhand von Kompetenzen,

Verfahren und Personal noch deutlicher werden und für Europas Bürgerinnen und Bürger noch unmittelbarer erfahrbar.

Dazu benötigen wir auch die Entwicklung einer echten europäischen Öffentlichkeit. Zu oft debattieren wir europäische Themen aus finnischer, spanischer, deutscher oder sogar bayerischer Perspektive, anstatt europäisch über gemeinsame Probleme zu reden. Das kann und muss sich ändern. Wichtig sind hier zum Beispiel die feste Etablierung des Englischen als Lingua Franca der Union und eine Ausweitung von Erasmus+. Zugleich ist ein neuer Ansatz in der Medienpolitik erforderlich, um die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit befördern. Insbesondere sollte hierzu eine an den Nutzungsgewohnheiten des digitalen Zeitalters ausgerichtete europäische öffentlich-rechtliche Internetplattform geschaffen werden, die attraktiven europäischen Content zu Verfügung stellt und große europäische Debatten ähnlich konsequent in alle Länder überträgt wie es heut schon mit dem Eurovision Song Contest geschieht.

## **Thüringen im Herzen Europas**

Von einem einigen, starken und weltoffenen Europa profitiert Thüringen im Herzen Deutschlands und Europas ganz besonders. Dank Lagegunst, einer starken Bildungs- und Forschungslandschaft, exzellenter Infrastrukturanbindung, einer guten Fertigungsbasis und einigen hochwertschöpfenden Spezialisierungsfeldern ist Thüringen in Europa und auch dank Europa gut positioniert. In den letzten 3 Jahrzehnten hat Thüringen in einem hohen Maße von europäischen Strukturmitteln profitiert. Die damit beförderte wirtschaftliche Dynamik führt allerdings – zusammen mit dem Brexit – dazu, dass die Strukturmittel in den kommenden Jahren deutlich weniger werden. Deshalb verfolgt die Thüringer Landesregierung eine sinnvolle Doppelstrategie, indem sie versucht, zusammen mit den anderen ostdeutschen Ländern auch angesichts der besonderen Herausforderungen eines zum Teil dramatischen demographischen Wandels zumindest einen Teil der Förderung doch noch in die nächste Förderperiode zu retten. Gleichzeitig stellt sie zusammen mit den Thüringer Akteuren die Weichen, um die europäischen Fördermöglichkeiten jenseits der Strukturfonds noch besser für Thüringen zu nutzen.

Die Europäerinnen und Europäer und als Thüringerinnen und Thüringer sind wir im 21. Jahrhundert auf eine starke und handlungsfähige EU angewiesen. Das gilt im Inneren, wo vieles besser organisiert werden und Europa wirtschaftlich stabiler, sozial gerechter und demokratischer werden muss. Und das gilt im Äußeren, wo die EU ihre Verantwortung zur Herbeiführung von kooperativen Lösungen der vielfältigen globalen Herausforderungen wahrnehmen muss. Dabei werden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen jene politischen Kräfte wenden, die das europäische Projekt durch Rechtspopulismus oder Nationalegoismus zu zerstören drohen.

Die Zeit für umfassende Reformen in Europa ist jetzt. Das wir die SPD auf Landesebene, in der Bundesregierung und im Europaparlament und nicht zuletzt bei der Europawahl im Mai 2019 deutlich machen.

## Ein Zuhause in Thüringen haben (K1)

### Die SPD als Garant gleichwertiger Lebensverhältnisse in Land und Stadt

Hinter dem Begriff des ländlichen Raums verbirgt sich in Thüringen viel mehr als Dörfer und Landwirtschaft. Zieht man klassische Definitionen heran, können auch Ortsteile der Landeshauptstadt Erfurt als ländlicher Raum gelten, umgekehrt gibt es in vielen Thüringer Dörfern Mittelständler mit mehreren hundert Mitarbeitern, die Weltmarktführer auf ihrem Gebiet sind. Die Aufgabe der Thüringer Sozialdemokratie ist es daher nicht, unterschiedliche politische Angebote für Stadt und Land zu machen, sondern in allen Teilen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Damit erfüllen wir den Auftrag, der aus dem Grundgesetz und der Thüringer Landesverfassung hervorgeht. Vor allem vertreten wir damit aber unsere Überzeugung, dass unsere Gesellschaft den Maximen der Freiheit, Gleichheit und Solidarität folgen soll.

Das subjektive Gefühl, gerade im ländlichen Raum „abegängt zu sein“ dürfen wir nicht zulassen. Vielmehr müssen wir unsere Kommunalpolitik auch danach ausrichten, die teils bleibbaren Rückstände im ländlichen Raum auszugleichen und aufzuholen. Nur mit Engagement und Investitionen, mit gelebter gesellschaftlicher Solidarität können wir den sozialen Frieden über die verschiedenen Milieus und Generationen hinweg wahren. Die Menschen in Thüringen müssen davon ausgehen können, dass wir uns für sie einsetzen und ihre Probleme nicht nur ernst nehmen, sondern auch handeln.

Während andere mit dem Begriff der „lebenswerten Heimat“ versuchen, das mit Populismus zu überspielen was Ihnen an Ideen für unser Land fehlt, haben wir einen Plan: Unsere Kommunen sollen als eigenständige Lebens-, Wirtschafts-, Erholungs- und Naturräume gestärkt werden.

Der Schlüssel dazu ist die konsequente Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie ist die Grundlage für alles, was aus einer Kommune ein Zuhause macht: Versorgung, Wohnen, gute Arbeit, kulturelle und soziale Angebote, Bildung, Vereinsleben, Gesundheit, Nachbarschaft, Teilhabe – kurzum: Lebensqualität.

Um das zu erreichen, braucht es handlungsfähige und effizient arbeitende Kommunen und Ideen, wie die Zukunft der Gemeinden und Städte gestaltet werden soll. Wir setzen dabei das Konzept der öffentlichen Verantwortung über das Prinzip der Gewinnmaximierung: hohe Qualität, allgemeine flächendeckende Verfügbarkeit, Bezahlbarkeit – für alle Thüringerinnen, Thüringer und die, die es werden möchten. Mit dem vorliegenden Antrag soll unseren kommunalen Mandatsträgern und denen, die es werden wollen, der Rücken gestärkt werden. Im Mai 2019 werden wir uns genauso wie in den diesjährigen Wahlen als gut vernetzte und starke Kommunalpartei behaupten. Die dafür vorgeschlagenen Maßnahmen bilden gleichzeitig eine Hinführung zu unseren Ideen für die Landespolitik, auf die der Leitantrag einen Ausblick gibt.

### Wohnen

Thüringen soll für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Einkommen oder sozialem Status Wohnraum bieten. Er muss aber nicht nur bezahlbar, sondern auch bedarfs- und altersgerecht sein. Die Demografische Entwicklung, der Immobilienbestand und der Trend zum Eigenheim müssen bei einer fortschrittlichen Wohnungspolitik berücksichtigt werden. Wir wollen:

- Die Stärkung des Sozialen Wohnungsbaus und seine mittelfristige Rückführung in die Verantwortung des Bundes
- ein Wohnungsbauprogramm, mit der Aufgabe Ein- und Zweifamilienhäuser zum Zwecke des altersgerechten Wohnens in Seniorenwohngemeinschaften umzuwandeln, Mehrgenerationenhäuser zu fördern sowie Umzüge von SeniorInnen in aus ungeeigneten Ein- und Zweifamilienhäusern in geeignete, in SeniorInnenwohngemeinschaften, Wohnungen oder in Mehrgenerationenhäuser zu erleichtern und zu unterstützen.
- Abbau von Hemmnissen bei der Baulandentwicklung und Baulandmobilisierung
- Stärkung des kommunalen Flächenmanagements durch interkommunale Zusammenarbeit
- Stärkung des Genossenschaftswesens durch langfristige, günstige Kredite und die

- Bereitstellung günstiger Grundstücksflächen
- Vereinfachte Förderung von umweltgerechtem Bauen in Städten und Gemeinden
- Schnelleren Zugriff auf Brachflächen und Schrottimmobilien für Gemeinden

## **Mobilität**

Mobilität ist ein grundsätzliches Element der Lebensqualität und betrifft junge und alte Menschen genauso wie arbeitstätige. Die Bereitstellung eines integrierten und für alle zugänglichen Mobilitätsangebots ist daher ein entscheidender Faktor, um gerade die Menschen im ländlichen Raum nicht abzuhängen. Dazu braucht es:

- Einführung eines landesweit einheitlichen, elektronischen Nahverkehrstickets
- umfangreichen Ausbau des ÖPNV als echter Alternative zum MIV mit Sozialtickets und Pilotprojekten zum kostenlosen ÖPNV
- Verzahnung unterschiedlicher Mobilitätsangebote hinsichtlich Taktung und Bezahlung
- Entwicklung eines geschlossenen, nicht-touristischen Radwegenetzes, vorrangiger Bau von Rad(schnell)wegen in urbanen Gebieten
- Ausweitung der LKW-Maut auf kommunale Straßen und Fernbusse, Einsatz der Einnahmen für kommunale Infrastruktur und ÖPNV
- Förderung von Elektromobilität, Car-Sharing und On-Demand-Verkehr
- Generell Tempo 30 vor Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Seniorenheimen, darüber hinaus in Entscheidungsverantwortung der Kommunen
- Flächendeckende Umsetzung eines Azubitickets, an dem die Unternehmer finanziell beteiligt werden

## **Bildung und Familie**

Damit sich jung und alt in unseren Städten und Gemeinden wohlfühlen braucht es eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur. Die Abdeckung mit sozialer Infrastruktur insbesondere bei Bildungs-, Sozial- und Kulturangeboten muss dafür genauso gewährleistet sein, wie die Qualität dieser Angebote:

- Beitragsfreie und garantierte Betreuung für jedes Kind, in jeder Kommune – egal ob in Krippe, Kita, Hort oder Ganztagsbetreuung – solange es die Eltern in Anspruch nehmen wollen
- Gut ausgebildete und gut bezahlte Erzieherinnen und Erzieher
- Attraktive Arbeitsplätze und gute Ausstattung von Bildungseinrichtungen zur bestmöglichen Beschulung durch ausreichend Fachkräfte
- Ermöglichung eines wohnortnahen und verlässlichen Schulangebots, gestaffelt nach Alter der Schülerinnen und Schüler
- Moderne Ausstattung und Lehrkonzepte unserer Bildungseinrichtungen, insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung
- Förderangebote für alle Schülerinnen und Schüler sowie ein flächendeckendes Angebot an Schulsozialarbeit

## **Infrastruktur und Versorgung**

Flächendeckende Versorgung besteht aus Praxen, Apotheken, Einzelhandel und sozialen und kulturellen Treffpunkten. In vielen Teilen Thüringens gehört dazu aber auch der Weg dorthin. Deswegen braucht es eine Versorgung, die mit der dazu gehörigen Infrastruktur Hand in Hand geht. Für den Erhalt und die Stärkung des Angebots brauchen wir:

- Beim Thema Straßenausbaubeiträge werden wir einen klugen Kompromiss finden, der Bürger und Kommunen gleichermaßen entlastet, ohne zukünftigen Generationen finanzielle Spielräume zu nehmen
- Ausbau der Investitionsprogramme im Rahmen der Richtlinie zur Förderung des kommunalen Straßenbaus

- Rücknahme der LEADER-Kürzung und Ausweitung des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“
- Sonderförderprogramme für die Errichtung von Dorf- und Stadtteilläden bzw. sowie die Erleichterung und Erweiterung bisheriger Initiativen
- Förderung von gut erreichbaren Ärztezentren zur schnellen und zielgerichteten Versorgung, insbesondere mit Facharztleistungen
- Förderung von E-Health-Lösungen in angebrachten gesundheitlich-medizinischen Bereichen
- Förderung von mobilen Gesundheitsangeboten, z.B. Apotheken- und Reha-Busse
- Einführung von mehr Kassensitzen von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten
- Anbindung von sozioökonomischen Schwerpunkten (Bildungseinrichtungen, Gewerbegebiete, öffentliche Verwaltung, Verkehrsknotenpunkte) an ein landesweites Gigabitnetz bis 2025
- Rekommunalisierung von Netzinfrastruktur und Einführung bürgerfreundlicher Mieterstrommodelle
- Breitbandausbau mit FTTH und einen signifikanten Ausbau des Mobilfunknetzes im ländlichen Raum

## **Verwaltung und Finanzen**

Die gesamte öffentliche Verwaltung in Thüringen muss Dienstleistungen auf hohem Niveau erbringen. Nur so kann Sie Herausforderungen wie den Demographischen Wandel, die Digitalisierung und den immer präsenter werdenden Fachkräftemangel reagieren. Wir wollen unsere kommunale Verwaltung, vor allem also deren Mitarbeiter und Strukturen fit für die Zukunft machen. Dazu braucht es finanzielle Spielräume, aber auch Effizienzgewinne durch Kooperationen oder neue Verwaltungsverfahren. Dafür braucht es:

- Eine umfassende Unterstützung des Landes bei der Schaffung einheitlicher E-Government-Lösungen
- Entwicklung von Bürgerservicebüros als Schnittstelle zwischen E-Government-Lösungen und direktem Bürgerkontakt
- Reformierung der Grundsteuer und Stabilisierung der Gewerbesteuer zur Verstetigung kommunaler Einnahmen
- Stärkung der Investitionskraft der Kommunen durch Altschuldenabbau und Entlastung von Sozialkosten mithilfe des Bundes
- Kommunalcheck von Investitionsprogrammen in Bund und Land, damit in den Haushalten eingestellte Investitionsmittel tatsächlich sachgerecht abgerufen werden können

## **Sicherheit und Feuerwehr**

Allen Menschen in Thüringen muss Sicherheit in ihrem Heim und im öffentlichen Räumen garantiert werden können. Für die Durchsetzung des Rechtsstaates müssen Justiz, Verwaltung, Polizei, Feuerwehr und Zivilgesellschaft eng zusammenarbeiten. In den Präventionsstrukturen spielen die Freiwilligen Feuerwehren eine große Rolle. Sie stehen für zehntausende ehrenamtlich Engagierte am Gemeinwohl und der Sicherheit im Land. Um sowohl dieses Engagement, als auch die öffentliche Sicherheit zu stärken, brauchen wir:

- Die Stärkung der ideellen und finanziellen Würdigung von Feuerwehrangehörigen bei ihren Arbeitgebern und innerhalb der Gemeinden sowie eine Stärkung der Jugendfeuerwehren
- Eine angemessene Entschädigung für Feuerwehrleute und eine Absicherung von Feuerwehrleuten sowie deren Angehörigen bei Krankheit oder Todesfällen
- Eine angemessene Ausstattung der Landesfeuerweherschule, insbesondere um ausreichend Lehrgangsplätze zur Verfügung stellen zu können

## **Ehrenamt und Gemeindeleben**

Die Kommunen in Thüringen leben vom Ehrenamt, nahezu das gesamte Gemeindeleben wird durch engagierte Menschen vor Ort getragen. Dieses ehrenamtliche Engagement muss größere

Wertschätzung und bessere Unterstützung erfahren, da es genauso zur Lebensqualität beiträgt. Wir wollen das Gemeindeleben vor Ort und die gemeinnützigen Initiativen finanziell und personell fördern. Dafür braucht es:

- Ein Landesprogramm für Dorfkümm\*innen, die vor Ort als Ansprechperson angestellt sind und sich als Bindeglied zwischen Bevölkerung und Verwaltung mit den konkreten Problemen auseinandersetzen.
- Ein Förderprogramm für Gemeindezentren oder Dorfgemeinschaftszentren, in denen Verkaufsräume, Arztzimmer, Veranstaltungsräume etc. vorgehalten werden.
- In jedem Ort bzw. Ortsteil ein Budget zur Förderung kultureller und ehrenamtlicher Arbeit für die untersten Kommunalgremien.
- Einen Landesfond als Startkapital für Neu- und Wiedergründungen von Vereinen.

## **Kommunalpartei SPD**

Im Erneuerungsprozess der Bundespartei nimmt die Stärkung von Kommunalpolitik eine zentrale Rolle ein. In Thüringen gibt es zahlreiche Genossinnen und Genossen, die Landratsämtern und Rathäusern vorstehen oder kommunale Mandate übernehmen. Deswegen muss auch die Erneuerung der SPD Thüringen mit der Stärkung von sozial gerechter Kommunalpolitik einher gehen.

Wir fordern:

- Die Landespartei und die SGK sollen ein gemeinsames Projekt, zur Stärkung der kommunalpolitischen Präsenz in Regionen und Stadtteilen mit fehlender Organisationskraft, starten
- Die SGK muss wieder eine zentrale Rolle bei der inhaltlichen Ausgestaltung kommunalpolitischer Forderungen in unserem Landesverband einnehmen
- Der Kommunalpolitische Kongress soll mindestens einmal im Jahr tagen und sowohl Vorträge und Möglichkeiten zum Austausch enthalten, als auch Formate zur Einbringung von Ideen und Handlungsvorschlägen kommunaler Mandatsträger ermöglichen
- Partnerschaften zwischen Mitgliederstarken und Mitgliederschwachen Kreisverbänden sollen dem Austausch und Strukturaufbau befördern

---

## **Thüringer Masterplan für Schulsanierungen (K3)**

Wir fordern die Thüringer SPD-Landtagsfraktion und die sich in Regierungsverantwortung befindenden SPD Kabinettsmitglieder auf, sich für einen grundlegenden Thüringer Masterplan für Schulsanierungen einzusetzen. Dieser sollte es insbesondere finanziell den Städten und Gemeinden ermöglichen, sich der großen Herausforderung des bestehenden Sanierungsstaus von Schulgebäuden entgegen stellen zu können. Neben einer auskömmlichen finanziellen Ausstattung des Masterplans sollten insbesondere die Hürden für Beantragung von Fördermitteln gesenkt als auch die schnellere Bearbeitung im Beantragungsverfahren beachtet werden.

Dabei sollte die Verstetigung des bestehenden Schulinvestitionsprogramm des Landes über die Legislaturperiode hinaus sowie dessen Weiterentwicklung im Fokus stehen. Hier wurden mit dem Schulsanierungsprogramm schon erste wichtige Schritte unternommen. Wir fordern die bisherigen Maßnahmen zu verstetigen und sinnvoll zu ergänzen.

## **Gerechte Entlohnung in unseren Kitas (B1)**

Es muss endlich Schluss sein mit Niedriglöhnen in unseren Kindertageseinrichtungen! Gute Arbeit gibt es für uns nur mit gerechten Löhnen. Wir fordern eine tarifgebundene Entlohnung für Erzieher\*innen in allen Thüringer Kindertagesstätten und die Festlegung der tarifgerechten Entlohnung als Vergabekriterium. Dieses Ziel ist von den Kommunen sowie freien Trägern bis zum Jahre 2022 zu erreichen. Als SPD Thüringen unterstützen wir die Erzieher\*innen und Gewerkschaften bei ihrem Kampf mit unseren politischen Mitteln.

---

## **„Gute-Kita-Gesetz“ sinnvoll umsetzen (B2)**

Für die Umsetzung des Bundesgesetzes hat die Bundesministerin Dr. Franziska Giffey länderspezifische Vereinbarungen in Aussicht gestellt. Wir fordern, dass es in Thüringen noch in dieser Legislaturperiode einen Thüringer Dialog mit allen Beteiligten, wie Eltern, Erzieher\*innen, Trägervertretern und Gewerkschaften gibt. In einem Werkstattprozess soll gemeinsam erörtert werden, wie Möglichkeiten aus dem Gute-Kita-Gesetz zum Wohle unserer Kinder am Besten umgesetzt werden sollen.

Ein wichtiges Handlungsfeld sehen wir in qualitativen Verbesserungen der Betreuungs- und Bildungsarbeit in den Kindertageseinrichtungen. Hierzu gehören für uns als zentrale Elemente die Fachkraft – Kind – Relation sowie der Personalschlüssen zum Einsatz der Fachkräfte

Um diesen Prozess auch in der SPD Thüringen zu beschleunigen, wird durch ein Moderator\*innenteam von 3 bis 5 Genoss\*innen, die Fachleute im KiTa-Bereich sind, bis zum Frühjahr 2019 bestimmt. In den Prozess sind sowohl die Landtagsfraktion als auch die Arbeitsgemeinschaft für Bildung einzubeziehen. Die Ergebnisse des Werkstattprozess sind dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion durch die Moderator\*innen vorzustellen.

---

## **Thüringer Gemeinschaftsschule stärken (B3)**

Im Koalitionsvertrag ist ein „weiterer flächendeckender Ausbau“ der Thüringer Gemeinschaftsschule festgelegt. Als Ziel sollten bis 2019 insgesamt 100 Gemeinschaftsschulen in Thüringen eingerichtet werden. Von diesem Ziel sind wir weit entfernt und fordern einen konsequenten Ausbau der Thüringer Gemeinschaftsschule. Wir fordern eine gründliche Evaluierung, denn die Entwicklung der TGS hemmende Faktoren, wie beispielsweise die Personalausstattung über die Startphase hinaus oder die bisher nicht erfolgte Verankerung in der Lehrer\*innenausbildung sowie zu lange Zulassungsverfahren müssen endlich beseitigt oder neu geregelt werden. Das muss noch in dieser Legislatur ermöglicht werden.

Jedoch stehen wir auch für „Qualität vor Quantität“ und fordern eine kontinuierliche externe Begleitung der Schulen bei der Konzeptentwicklung.

---

## **Reiche Eltern für alle oder endlich echte Lernmittelfreiheit in Thüringen (B4)**

Eine der grundlegenden Forderungen der SPD ist gebührenfreie Bildung. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, sondern muss allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft offenstehen. Zu einer gebührenfreien Bildung gehört nicht nur der gebührenfreie Zugang zu Bildungseinrichtungen, sondern aber auch der kostenlose Zugang zu Lernmitteln. Deshalb fordern wir echte Lernmittelfreiheit in allen Thüringer Schulen!

Dafür sind folgende Maßnahmen umzusetzen:

- Änderung des §44 ThürSchulG zu „An den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen besteht Lernmittelfreiheit.“
- Anpassung der Durchführungsbestimmungen zur Lernmittelbeschaffung durch deutliche Anhebung der Pro-Kopf-Beiträge im Schuletat sowie eine entsprechende Berücksichtigung dieser Mehrausgaben im Landeshaushalt.
- Gleiches gilt für die Einführung eines personengebundenen Etats zur Anfertigung von Kopien zur Verwendung im Unterricht.
- Festlegung einer Preisobergrenze für im Unterricht verwendete Arbeits- und Übungshefte sowie weitere von den Lehrkräftenexplizit geforderte Literatur und Zusatzmaterial in Staffelung nach Klassenstufen, jedoch maximal 25 € pro Schüler\*in und Schuljahr.

---

## **Lehrer\*innen in die Schulen! (B5)**

Um im Wettbewerb um künftige Lehrer\*innen zu bestehen, müssen neben den seit kurzem möglichen unterjährigen Einstellungen auch die Einstellungsmodalitäten des Ministeriums für Lehrer\*innen weiterhin überarbeitet und Abläufe verbessert werden. Zusätzlich sollte geprüft werden, ob und wieweit Abordnungen von Lehrer\*innen in nachgeordnete, nicht-schulische Einrichtungen des Bildungsministeriums erforderlich sind. Dazu ist ein Stellenplan für dringend erforderliche Aufgaben und die nachgeordneten Einrichtungen des TMBJS zu schaffen.

---

## **Einstellung von zusätzlichen Lehrer\*innen sowie Initiierung eines Dialogprozesses zur Verbesserung der Arbeitssituation an Thüringer Schulen (B6)**

Wir fordern über die regelmäßige Einstellung hinaus unbefristet zusätzliche Lehrer\*innen an unseren Schulen. Dies ist ein dringend notwendiger Schritt zur Verbesserung der Arbeitssituation der Lehrer\*innen an unseren Schulen. Daneben ist für die Gewährleistung des Bildungsauftrages und damit die Durchführung des Unterrichts an den Thüringer Schulen ein Dialogprozess zu initiieren mit dem Ziel, Möglichkeiten und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitssituation der Lehrkräfte zu identifizieren und nachfolgend umzusetzen.

---

## **Berufsausbildung stärken (B7)**

Für gleiche Bildungschancen stehen heißt, dass wieder eine Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Ausbildung hergestellt wird. Die Arbeitswelt in den nächsten Jahren wird sich auf eine prozessorientierte Arbeitsorganisation, flache Hierarchien in den Unternehmen und hin zu mehr Gestaltungskompetenz der Mitarbeiter entwickeln. Engagement und Verantwortungsbewusstsein und ein höheres Qualitätsbewusstsein ist für die zukünftigen Facharbeiter, Angestellten, Meister und Techniker wichtig. Die Struktur des Beschäftigungssystems der Zukunft, braucht zu 2/3 kompetente Facharbeiter und Angestellte. Der Anteil der benötigten Master- und Bachelorabschlüsse wird sich im Jahr 2025 nur auf 20% der verfügbaren Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland entwickeln. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, brauchen wir ein neues und einheitliches Berufsbildungsgesetz.

Die Schulgeld-, Lernmittel- und Studiengebührenfreiheit bis zum Abschluss der Ausbildung für alle gesetzlich geregelten Ausbildungsgänge sowie für Meister- und Technikerprüfungen muss im Sinne unseres Bundestagswahlprogramms im BBiG verankert sein.

Das reformierte und ausgebaut BBiG muss auch die Rechte von Aus- und Weiterbildungsangeboten für alle Beschäftigten sichern.

Der Geltungsbereich des BBiG muss auf alle Ausbildungsberufe, also auch vollzeitschulische Bildungsgänge mit berufsqualifizierendem Abschluss (z. B. die Gesundheits- und Pflegeberufe, Erzieher-Innenberufe), erweitert werden.

Fahrkostenübernahme und Übernahme von Übernachtungskosten für Auszubildende und alle anderen im Zusammenhang mit der Ausbildung entstehenden Kosten müssen vom Ausbildungsbetrieb bzw. vom Ausbildungsträger getragen werden

Weiterbeschäftigung nach der Ausbildung, Planbarkeit und eine sichere Perspektive sind gerade für junge Menschen besonders wichtig – dazu gehören gesetzlich festgelegt Ankündigungsfristen von mindestens 3 Monaten bei einer nicht Weiterbeschäftigung.

Wir setzen uns für eine gesetzlich festgelegte Mindestausbildungsvergütung ein, die sich am BaföG-Höchstsatz orientiert.

Die Qualität des dualen Ausbildungssystems muss kontrolliert und stetig verbessert werden. Es ist nicht akzeptabel, dass junge Menschen in der Ausbildung als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden.

Der Ausweitung der modularen Weiter- und Fortbildung, die unternehmensunabhängig genutzt werden kann.

Bundeseinheitliche Regelungen der beruflichen Weiterbildung mit entsprechenden Freistellungs- und Rechtsansprüchen und Finanzierungsmechanismen die es ermöglichen das alle Beschäftigte diese Angebote wahrnehmen können.

Angehende Meister und andere Fachkräfte müssen spürbar mehr staatliche Fortbildungsförderung bekommen dazu gehören die Erhöhung des Meister-Bafög und der Zuschüsse zum Unterhalt.

---

## **Stiftungshochschulen sind keine Alternativen! (B8)**

Die SPD Thüringen spricht sich gegen die Einrichtung von Stiftungshochschulen in jeglicher Form aus.

---

## **Bessere Betreuungsqualität in den Thüringer Kitas! (Ini)**

Die SPD Thüringen setzt sich dafür ein, die Betreuungsqualität für alle Kita-Kinder deutlich zu verbessern. Daher soll das vom Bund über das Gute-Kita-Gesetz zur Verfügung gestellte Geld genutzt werden, um ab 2020 insbesondere den Personalschlüssel zu verbessern. Unser Ziel bleibt weiterhin, dass Bildung (inkl. Der frühkindlichen Bildung) kostenfrei angeboten wird. Derzeit hat eine Verbesserung der Qualität aber eine höhere Priorität.

---

## **Gebührenfreier Schulhortbesuch (Ini)**

Mit dem Schuljahr 2020/2021 ist der Hortbesuch in Thüringer Grundschulen beitragsfrei.

## **Zeit- und Leiharbeit einschränken (S1)**

Die SPD-Landtagsfraktion stimmt sich mit ihren Koalitionspartnern ab, um über den Bundesrat die Anwendung von Zeitarbeit und Leiharbeit wieder zur Ausnahme bei der Beschäftigung werden zu lassen. Dazu müssen Beschäftigte in diesen Branchen für die besondere Flexibilität mindestens 10% mehr Lohn bzw. Gehalt erhalten als die Stammarbeitnehmerschaft. Dies gilt für Unternehmen ab 10 Mitarbeiter. In der Regel nach sechs Monaten Einsatz in einem Betrieb, ist die Arbeitnehmerin / der Arbeitnehmer vom eingesetzten Betrieb als unbefristet einzustellen, mit allen Rechten und Pflichten. Die Höchsteinsatzzeit in einem Betrieb darf nur im Ausnahmefall um weitere sechs Monate verlängert werden.

---

## **Mindestlohn muss armutsfeste Altersvorsorge ermöglichen (Ini)**

In der jüngsten Zeit hat es mehrere Vorstöße sozialdemokratischer Politikerinnen und Politiker zur Erhöhung des Mindestlohns gegeben. Bei diesen Positionierungen war nicht immer klar, wie diese Forderung in Einklang mit der Arbeit der Mindestlohnkommission stehen soll. Für die Thüringer SPD steht fest, dass die Fortentwicklung des Mindestlohns eine Aufgabe der Tarifpartner in der Mindestlohnkommission ist. Zugleich stellen wir aber fest, die Festlegung des Mindestlohns auf 8,50 € im Jahr 2014 war eine politische Festsetzung, die insbesondere die Belange des Mittelstands aber auch den Aushandlungsprozess mit dem Koalitionspartner CDU berücksichtigt hat. Schon damals stand fest, dass eine solche Höhe nicht den Aufbau einer armutsfesten Altersvorsorge ermöglicht. Deshalb muss der Sockelwert des Mindestlohns, auf dessen Grundlage die Mindestlohnkommission den Mindestlohn weiterentwickeln kann, angehoben werden.

Wir fordern:

- Die SPD Thüringen setzt sich auf Bundesebene für eine einmalige Erhöhung des Mindestlohns auf 12,00 € zum 1. Januar 2021 ein.
- Auf Grundlage dieses neuen Sockelwertes wollen wir, dass die Mindestlohnkommission den Mindestlohn nach den bisherigen Regelungen weiter fortentwickelt.

## **Buchbare Kurzzeitpflegeplätze zur Entlastung pflegender Angehöriger (G1)**

Der SPD-Landesparteitag fordert, dass vollstationäre Pflegeheime gesetzlich dazu verpflichtet werden, buchbare Kurzzeitpflegeplätze in gewisser Anzahl vorzuhalten.

Konkret wird gefordert, dass 2,5 Prozent der Betten in jedem Pflegeheim ausschließlich als Kurzzeitpflegeplätze belegt werden dürfen, die von pflegenden Angehörigen gebucht werden können, auch weit im Voraus. Bei der Ermittlung der Bettenanzahl für die Kurzzeitpflege wird kaufmännisch gerundet: Bei einem Heim mit 99 Betten wären das zwei Betten für die Kurzzeitpflege, bei einem Heim mit 100 Betten wäre es drei Betten für die Kurzzeitpflege. Die gesetzliche Regelung sollte nach drei Jahren evaluiert und die Quote gegebenenfalls angepasst werden.

---

## **Tarifbindung von Pflegeeinrichtungen (G2)**

Unbefristete und tarifliche gebundene Arbeitsplätze müssen bei Pflegeeinrichtungen zur Regel werden. Lohndumping muss entschieden gemeinsam entgegen getreten werden.

Die Thüringer SPD Landtagsfraktion wie auch die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung werden aufgefordert, sich intensiv für eine thüringenweite Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen zur Förderung der Tariftreue im Pflegebereich einzusetzen. Der Vorrang für private und frei gemeinnützigen Einrichtungen gemäß Paragraph 11 Abs. 2 des XI. Sozialgesetzbuches, die ohne Tarifvertrag sind, ist auszuschließen. Einrichtungen mit gültigem Tarifvertrag muss Vorrang gewährt werden.

Außerdem ist zur Verbesserung und Sicherstellung der pflegerischen Versorgung es von öffentlichem Interesse, das Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) von Pflege-Tarifverträgen zu verbessern. Hierzu muss die Landesregierung sich für eine Reform des Paragraphen 5 Tarifvertragsgesetz einsetzen. Um die Durchsetzung der AVE zu erleichtern, sollten gemeinsam von den zuständigen Tarifparteien der betroffenen Branche in den Tarifausschuss eingebrachte Anträge dort nur mit Mehrheit abgelehnt werden können.

---

## **Vollkasko Pflege-Bürgerversicherung (G3)**

Alle Menschen in Thüringen brauchen einen gleichen Zugang zu Pflegedienstleistungen, in hoher Qualität. Aus Sicht der Thüringer SPD ist es daher notwendig, eine solidarische Finanzierung im Bereich der Pflege in Form einer (Vollkasko) Pflege-Bürgerversicherung einzuführen.

Durch eine Pflege-Bürgerversicherung wird die Grundlage geschaffen, Pflegeleistungen nachhaltig zu finanzieren und ein Vollkaskosystem im Sinne einer guten Pflegeversorgung unserer Bevölkerung zu schaffen.

Deshalb fordern wir die Einführung einer Pflege-Bürgerversicherung auf Bundesebene. Die Thüringer SPD Landtagsfraktion als auch die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung werden deshalb aufgefordert, sich intensiv für eine Bundesratsinitiative zur Einführung der Bürgerversicherung im Pflegeversicherungsbereich einzusetzen.

# Arzneimittelpreise stärker regulieren und Versandhandel erlauben (G4)

Der SPD-Landesverband wirbt bei der SPD-Bundestagsfraktion für eine stärkere staatliche Regulierung, Kontrolle und Deckelung der Arzneimittelpreise.

---

## Pflegenotstand richtig angehen (Ini)

Am 27. September 2018 wurde der Gesetzentwurf zur Stärkung des Pflegepersonals im Bundestag in 1. Lesung beraten. Das Ergebnis fällt ernüchternd aus. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Wir fordern:

- Die Freistellung von Schulgeld und Gebühren bei der Ausbildung in der Altenpflege muss vorgezogen werden. Die Regelungen müssen bereits zum 01.01.2019 greifen und nicht erst, wie vom Bund vorgesehen, am 01.01.2020.
- Die Pflegeversicherung muss zu einer echten Vollversicherung umgebaut werden, die mindestens die Personalkosten der Pflege komplett trägt. Passiert dies nicht, sind Lohnerhöhungen und ein verbesserter Personalschlüssel zu 2/3 von den gepflegten Menschen, ihren Angehörigen oder zuletzt von den Sozialämtern zu zahlen.
- Der Pflegebereich braucht einen flächendeckenden Tariflohn um Pflegekräfte schrittweise bis 2023 an das Lohnniveau der Krankenpflege anzupassen. Dies ist notwendig, um die Altenpflege für Fachkräfte attraktiv zu machen. In 2013 werden die ersten Fachkräfte die generalisierte Pflegeausbildung absolviert haben.
- Der Personalschlüssel in der Altenpflege muss perspektivisch auf ein mit der normalen Krankenpflege vergleichbares Maß angehoben werden. Nur so kann neben der tatsächlichen Arbeit auch ein Mindestmaß an menschlicher Zuwendung gewährleistet werden. Darüber hinaus macht eine Entlastung den Beruf als solches deutlich attraktiver.

## Verbandsklagerecht für Gewerkschaften (RJ1)

Die Thüringer SPD setzt sich für ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften zur Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen ein. Die Landtagsfraktion der SPD stimmt sich mit ihren Koalitionspartnern über entsprechende Bundesratsinitiativen ab.

---

## Reißverschluss bei Wahlen (RJ2)

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für folgende Reform des Landeswahlgesetzes einzusetzen:

1. Zulässigkeit einer Wahlliste ist nur unter der Voraussetzung gegeben, dass diese geschlechterparitätisch zusammengesetzt ist.
2. Alternierende Aufstellung von Frauen und Männern – der so genannte „Reißverschluss“ – auf der gesamten Wahlliste.
3. In Ausnahmefällen können auch die den Frauen vorbehaltenen Listenplätze mit Männern besetzt werden, falls sich nicht genügend Kandidatinnen zur Wahl stellen. Die den Männern vorbehaltenen Listenplätze können in Ausnahmefällen mit Frauen besetzt werden, falls sich nicht genügend Kandidaten zur Wahl stellen. Das Geschlecht, das unter den Mitgliedern einer Partei in der Minderheit ist, muss mindestens entsprechend seinem zahlenmäßigen Verhältnis auf der Liste vertreten sein.

## **Alternative Wohnformen in Thüringen ermöglichen (WVI1)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung werden aufgefordert, sich für einen rechtlichen Rahmen einzusetzen, welcher auch in Thüringen alternative Wohnprojekte wie das zeitliche befristete Wohnen in Bau- oder Wohnwagen auf so genannten Wagenplätzen ermöglicht. Dies kann sowohl innerhalb der Thüringer Bauordnung oder in Anlehnung an das "Hamburger Wohnwagengesetz" auch außerhalb der ThürBO erfolgen.

---

## **Einführung einer Fehlbelegungsabgabe (WVI2)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung werden aufgefordert, sich für die Einführung einer Fehlbelegungsabgabe für mietpreisgebundene Wohnungen nach hessischem Vorbild einzusetzen.

---

## **Mobilität sichern. Umwelt schützen. Fahrverbote flächendeckend verhindern. (Ini)**

Anfang Oktober veröffentlichte die Bundesregierung ihr „Konzept für saubere Luft und die Sicherung der individuellen Mobilität in unseren Städten“. Im Kern ein Katalog von Maßnahmen, um Fahrverbote zu vermeiden. Doch das Ergebnis ist für Dieselbesitzer ernüchternd: Die geforderte Hardware-Nachrüstung für viele Dieselmotoren bleibt auf 14 Städte der Bundesrepublik begrenzt und soll auch dort nur unter der Eigenbeteiligung der Fahrzeugbesitzer erfolgen. Bedroht von Nutzungseinschränkungen durch Fahrverbote haben Dieselfahrzeuge in den zurückliegenden Monaten bereits um bis zu 60 Prozent an Wert verloren.

Wir fordern:

- Die Bundesregierung verhandelt mit den Fahrzeugherstellern neu, damit diese flächendeckend die Kosten für die Hardware-Nachrüstung übernehmen.
- Sollte die Bundesregierung keine Einigkeit mit den Fahrzeugherstellern erzielen können, muss nach Wegen gesucht werden, eine gesetzliche Regelung zu finden.
- Sollte die Bundesregierung auch keine gesetzliche Regelung finden, ist der Vorschlag der Deutschen Umwelthilfe zu prüfen, von den Fahrzeugherstellern pro Betrugsdiesel 5.000 Euro Strafe abzuverlangen. Mit dem Geld könnten laut Deutscher Umwelthilfe bis zu 22,5 Milliarden Euro eingenommen und in einen Fonds überführt werden. Aus diesem Fonds wären die Hardware-Nachrüstungen zu finanzieren.

## Digitalisierung in der Arbeit (DIG1)

Die Digitalisierung ist keine starre Entwicklung, auf die wir warten und uns vorbereiten. Sie ist eine Entwicklung, die bereits da ist und sich stetig verändert. Neue Maschinen und neue Software machen uns vermeintlich das Leben schwer, dabei sollen sie Prozesse vereinfachen, Arbeit sicherer machen und uns unterstützen. Die Digitalisierung muss sozial gestaltet werden und sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren. Gerade im Bereich der Arbeit, drückt die kapitalistisch geprägte Digitalisierung den Beschäftigten ihren Stempel auf, dabei kann eine moderne Gesellschaft mit einer sozialorientierten digitalen Wandel dafür sorgen, dass die Menschen mehr Zeit für sich und ihre Familie haben, sich Arbeitsbedingungen verbessern und traditionelle Berufsgruppen wieder attraktiver für kommende Auszubildende werden. Dafür müssen die Jusos und die SPD eine neue Entwicklung hin zur sozialen Digitalisierung fordern.

- A: Die SPD Thüringen fordert, dass allen Arbeitnehmer\*innen ein Recht der Nichterreichbarkeit zu Teil wird. Dabei spielt es keine Rolle, ob die oder der Mitarbeiter\*in von zu Hause, von unterwegs oder am Betriebsort arbeitet. Jeder Mensch und jeder arbeitende Mensch braucht eine freie Zeit, die klar von der Arbeitszeit abgekoppelt ist.
- B: Die SPD Thüringen fordert klare Arbeitszeit-, Vergütungs-, Ruhezeit- und Versicherungsregelungen zur Förderung und Schaffung flexibler Arbeitszeiten und -orte.
- C: Die SPD Thüringen fordert eine Arbeitszeitverkürzung auch und vor allem an den Stellen, an der ein Betrieb oder Unternehmen durch Digitalisierungsmaßnahmen den Raum dafür schaffen kann oder schon geschaffen hat.
- D: Die SPD Thüringen fordert mehr Ausbau der digitalen Infrastruktur in Stadt und Land.
- E: Die SPD Thüringen fordert eine Erweiterung der Lehrpläne während der Ausbildung in Berufsschulen und Berufsbegleitende Schulen sowie in Allgemeinbildenden Schulen zum Umgang mit Computer-Hard- und Software, einfacher Programmierung und Unterricht zur Reflektion mit Medien.
- F: Die SPD Thüringen fordert ausreichende Fördermittel für kostenlose Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Digitalisierung für alle Arbeitnehmer\*innen.
- G: Wir müssen auch denen eine Chance in der sich veränderten Arbeitswelt schaffen, die sich bisher in prekären Verhältnissen befinden. Für Langzeitarbeitslose, junge Menschen mit geringer Schulbildung oder fehlendem Abschluss, müssen Maßnahmen ergriffen werden, um sie durch die Chancen der Digitalisierung in faire und sozialverträgliche Arbeitsverhältnisse bringen zu können.
- H: Die SPD Thüringen fordert die Einsetzung eines effektiven und eigenständigen Beschäftigtendatenschutzgesetzes.
- I: Die SPD Thüringen fordert klare arbeitsrechtliche Regelungen bei Beschäftigungsverhältnissen mit Crowd-Working-Plattformen. Bei jegliche Firmen in Deutschland – mit oder ohne Sitz im Ausland – muss deutsches Arbeitsrecht angewandt werden. Ausgeweitet auf Europa heißt das, dass es auch einen EU-Rahmen zu Crowd-Working geschaffen werden muss. Mindestlohn, Arbeitszeiten, Sozial- und Rentenversicherungen und Besteuerung dürfen weder ausgehöhlt noch umgangen werden.

---

## Unterstützung der europäischen Internet-Charta (DIG2)

(Vorgestellt im Rahmen der re:publica am 9. Mai 2017)

Tim Berners-Lee entwickelten 1989 an der Forschungseinrichtung die Grundlage des World Wide Web (WWW). Zwei Jahre später machte er den Entwurf eines Hypertext-Dienstes öffentlich und weltweit verfügbar. Das war die Geburtsstunde des Internets, das wir heute kennen und tagtäglich benutzen. Seit dieser Zeit hat sich das weltweite Netz und die damit verbundenen Geräte enorm weiterentwickelt

und sind untrennbar mit unserem gesellschaftlichen und sozialen Leben verbunden. Gerade in Zeiten von Smartphones, Tablets und modernen Notebooks können wir immer und überall online sein. Es ist Teil unserer Kultur unserer Arbeitswelt, unserer politischen Willensbildung und unserer sozialen Interaktion.

Diese Entwicklungen der Digitalisierung führt zur Veränderung unserer Existenz und stellt Grundrechte und demokratische Grundprinzipien vor neue Herausforderungen und Risiken. Im digitalen Zeitalter ist eine zivilgesellschaftliche Debatte entstanden, die sich immer weiter fortsetzt und der wir als SPD Thüringen aktiv mitdiskutieren. In dieser Debatte geht nicht weniger darum, den Zugang zum Internet als Grundbedürfnis anzuerkennen und gerade die Gestaltung unserer digitalen Welt als europäische Aufgabe zu sehen. Europa muss es gelingen, vereint Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im 21. Jahrhundert zu erhalten.

Daher unterstützen und positioniert sich die SPD Thüringen für die Bemühungen und das Streben nach einer europäischen Internet-Charta, die in Anerkennung der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der europäischen Menschenrechtskonvention, der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und der Grundrechts- und Datenschutzstandards der Europäischen Union und Ihrer Mitgliedstaaten, fest entschlossen sind,

- Grundrechts- und Demokratieprinzipien im Netz durch das Recht zu schützen, - staatliche, sowie private Akteure im Netz grundrechtlich zu verpflichten
- das digitale Netz nicht als Quelle der Angst verkommen zu lassen und es als Instrument eines guten Lebens in unserer globalisierten Welt zu nutzen. Damit wird ein Fundament einer rechtstaatlichen Ordnung in einer digitalisierten Welt geschaffen.

Die Internet-Charta bieten die beste Chance, das Internet als gleichberechtigten Gesellschaftsraum anzuerkennen und jeden den Zugang zu ermöglichen. Wir sind überzeugt davon und fordern, dass alle Menschen sich mit gleichermaßen ausgestatteten Rechten und Pflichten im Netz bewegen können. Eine analoge Sozialdemokratie muss ebenso auch eine digitale Sozialdemokratie sein. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität muss alle Bereiche unserer Gesellschaft durchdringen und für jeden erreichbar sein. Diese Chance bietet uns das digitale Netz mehr denn je. Für ein Recht auf freien Zugang zum Internet.

## **Mehr Mobilität. Für ein echtes Azubi-Ticket! (J1)**

Der Zugang zu Mobilität bedeutet für uns Selbstbestimmung. Wir wollen, dass die Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel an den kulturellen, sozialen und Bildungseinrichtungen in Thüringen teilhaben können. Insbesondere jungen Menschen fehlt es aber an finanziellen Mitteln.

Als SPD haben wir deshalb im Regierungsprogramm 2014 - 2019 das Azubi-Ticket gefordert und anschließend im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag festschreiben können. Die Gewerkschaften, deren Jugenden und viele Jugendverbände befürworten ebenfalls ausdrücklich die Einführung eines Azubi-Tickets für den Thüringer ÖPNV für Oberstufenschüler\*innen, Freiwilligendienstleistende und Auszubildende.

Nun hat das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (TMIL) ein Azubi-Ticket vorgelegt, das den Bereich des VMT sowie den Schienenverkehr bis auf die Vogtlandbahn einschließt. Zudem konnten sich viele, aber nicht alle Landkreise und kreisfreien Städte erfolgreich mit dem Ministerium einigen. Dieses Ticket gilt dabei nur für Auszubildende. Das Ticket kostet 50 Euro pro Monat. Einen Beitrag der letztlich profitierenden Unternehmen fehlt; das Ticket wird nur durch das Land und die Auszubildenden finanziert.

Gründe für die abgespeckte Version sind laut Ministerium die Fragmentierung der Verkehrsverbünde in Thüringen, die Weigerung der Unternehmen Anteile zu übernehmen und unkalkulierbare Risiken bezüglich der Einnahmeeinbußen von Verkehrsunternehmen sein. Mit Blick auf scheinbar plötzliche Bereitschaft von einigen Landkreisen, das Azubi-Ticket nun doch anbieten zu wollen, lässt Zweifel an der Darstellung des Infrastrukturministeriums aufkommen.

Das Ticket hilft vor allem Auszubildenden, die im Bereich des VMT leben und arbeiten. Azubis, die außerhalb der A4-Achse leben, gehen weitgehend leer aus.

Dabei sind es vor allem junge Menschen auf dem Land, die auf eine bezahlbare Mobilität angewiesen sind. Insbesondere Ostthüringen hat durch das Fehlen der Vogtlandbahn-Strecken im Ticket einen weiteren Nachteil zu verbuchen.

Die vermeintliche Hilflosigkeit des TMIL darf aber nicht Anlass sein, den Kopf in den Sand zu stecken. Wir brauchen einen starken politischen Druck auf Unternehmen. Sie sind auch Profiteur\*innen des Azubi-Tickets und müssen somit ihren Anteil dazu beitragen. Wer den vermeintlichen Fachkräftemangel anprangert, darf die Hände nicht einfach in den Schoß legen.

Allein vor dem Hintergrund der niedrigen Ausbildungsvergütungen in Thüringen sind 50 Euro monatlich zudem ein viel zu hoher Preis für das Azubi-Ticket. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, dass sich die Preise am Semesterticket der Studierenden orientieren.

Oberstufenschüler\*innen und Freiwilligendienstleistende haben ebenfalls einen Anspruch auf flächendeckende, bezahlbare Mobilität! Denn wer den jungen Menschen in Thüringen, den Freistaat als Perspektive zum Leben anbieten will, muss es diesen auch ermöglichen, Thüringen kennen zu lernen.

Wir als SPD Thüringen kämpfen an ihrer Seite für ihre Zukunft!

---

## **Wirksame Maßnahme des Kinder- und Jugendschutzes (J2)**

Wir fordern ein generelles Tempolimit auf Straßen und Verkehrsflächen, die sich in räumlicher Nähe von Einrichtungen, die ihrer Art nach oder tatsächlich vorwiegend von Kindern, Jugendlichen und Senioren aufgesucht/benutzt werden, befinden. Eine verkehrsberuhigte Zone soll für ein Umfeld von 200 Metern ab der äußeren Begrenzung der genannten Anlagen/Flächen/Einrichtungen gelten. Die Thüringer SPD setzt sich für eine entsprechende Änderung der StVO ein und fordert die SPD-Mitglieder in der Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative dazu auf den Weg zu bringen. Die SPD-Vertreter\*innen in den Kommunen werden aufgefordert sich vor Ort für die Einrichtung des Tempolimits einzusetzen.

# Kinder schützen und stärken! (J3)

## 1. Kinderrechte sind im Grundgesetz zu verankern

Die SPD Thüringen fordert, die Prinzipien der Rechte von Kindern und Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres gemäß der UN-Kinderrechtskonvention im Grundgesetz (GG) zu verankern.

Ebenso wie alle anderen Menschen auch sind Kinder Träger von Rechten; Wesen mit eigener Menschenwürde und einem eigenen Recht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit, wie es vom Bundesverfassungsgericht auch schon mehrfach festgestellt wurde.

Im Grundgesetz jedoch sind Kinder lediglich als Bezugspunkt des Elternrechts, also als Objekte elterlicher Verantwortung, in Artikel 6 Absatz 2 und 3 GG erwähnt. Es gilt deshalb klarzustellen, dass

Kinderrechte sind in vielen Gesetzen geregelt. SPD wollen wir, dass sie zusammen mit den wesentlichen System- und Werteentscheidungen ausdrücklich im Grundgesetz formuliert werden. Denn die Regelungen im Grundgesetz werden von Gesetzgeber, Verwaltung und Gerichten regelmäßig herangezogen. Die Grundrechte im GG sind die Basis unseres Rechtssystems. Kinderrechte müssen Verbindlichkeit erhalten, zu greifbaren Instrumenten in jeder Lebenssituation werden und gleichrangig neben anderen Grundrechten stehen. Damit wären Kinderrechte einklagbar. Kinder würden mit abnehmender Bedürftigkeit und wachsender Einsichtsfähigkeit an allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden. Jedes Kind hätte Anspruch auf Gehör und Berücksichtigung seiner Meinung. Die SPD Thüringen unterstützt aus den genannten Gründen den Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion, Artikel 6 GG um einen neuen Absatz zu ergänzen, der die Bestimmungen enthält:

„Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Seine Meinung ist entsprechend seinem Alter und seiner Entwicklung in angemessene Weise zu berücksichtigen. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt Sorge für kindergerechte Lebensbedingungen.“ Zudem ist die Gleichstellung von ehelichen und nichtehelichen Kindern gesetzlich zu verankern.

Mit der Verankerung der Kinderrechte im GG werden die Rechte und die Interessen von Kindern gegenüber dem Staat gestärkt. Auch die Rechte der Eltern erfahren eine Aufwertung, denn sie sind es, die die Interessen ihrer Kinder im Alltag vertreten und deren Rechte wirksam durchsetzen.

Der Vorrang des Kindeswohls verdeutlicht die Verantwortung von Staat und Eltern, sich bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten gegenüber Kindern an Kinderrechten zu orientieren. Dies bezieht sich auf Entscheidungen von Behörden, z.B. bei der Planung von Wohnvierteln, beim Straßenbau oder der Ausgestaltung des Lehrplans sowie Entscheidungen der Eltern für eine bestimmte Betreuungsform oder Schulbildung. Der Staat wird in die Pflicht genommen, Verantwortung zu tragen für kindergerechte Lebensverhältnisse und gleiche Entwicklungschancen.

Das Bekenntnis von einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Deutschen Bundestag und Bundesrat für Kinderrechte im Grundgesetz wäre ein deutliches Signal, dass alle diese Aufgabe sehr ernst nehmen und die Lebenswirklichkeit von Kindern weiter verbessern wollen.

## 2. Einrichtung von Ombudsstellen zur Beratung von Kindern und deren Familien bei jedem örtlichen öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe.

Die SPD Thüringen fordert die Einrichtung von Ombudsstellen bei jedem örtlichen öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe im Einvernehmen mit dem jeweiligen Jugendhilfeausschuss. Die Ombudsstellen sollen regelmäßige Sprechstunden in Anlaufstellen der Wohnsitzgemeinden (z.B. Kinderbüros, Kinder- u. Jugendzentren) gewährleisten und sich für die Wahrnehmung und Umsetzung der Interessen der Kinder einsetzen.

Bei der erforderlichen Novellierung des SGB VIII ist dieses Angebot als Pflichtleistung zu verankern.

## 3. Einberufung einer/eines unabhängigen Kinderrechtsbeauftragten des Bundes

Zur besseren Koordinierung der Anlaufstellen und Vertretung beim Bund fordert die SPD Thüringen, die Ernennung einer/eines unabhängigen Kinderrechtsbeauftragten auf Bundesebene.

- a) Die/Der Kinderrechtsbeauftragte erhält die Kernaufgaben und Befugnisse,

- aktiv darauf hinzuwirken, dass sich Bundestag und Bundesregierung bei allen Gesetzesvorhaben und Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche betreffen, von der UN-Kinderrechtskonvention und den Stellungnahmen des UN-Kinderrechtsausschusses leiten lassen;
  - auf die Verletzung oder mangelnde Beachtung der Kinderrechte durch staatliche Behörden aufmerksam zu machen und auf Abhilfe zu drängen;
  - durch Öffentlichkeitsarbeit und Initiativen zur Kinderrechtsbildung die gesellschaftliche Einstellung gegenüber Kindern zu verbessern und ein Umfeld zu fördern, dass die Verwirklichung der Kinderrechte begünstigt;
  - den Stimmen und Sichtweisen der Kinder Gehör zu verschaffen, die Teilhabe von Kindern in der Gesellschaft zu fördern und gleiche Beteiligungsmöglichkeiten für benachteiligte Gruppen von Kindern anzustreben;
  - in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte sowie anderen wissenschaftlichen Einrichtungen sicherzustellen, dass Daten über die Lage der Kinder erhoben und publiziert werden;
  - den Deutschen Bundestag und die Öffentlichkeit jährlich über die eigenen Aktivitäten und Ergebnisse zu informieren.
- b) Die/Der Kinderrechtsbeauftragte erhält die Befugnisse:
- der Akteneinsicht, sowie weitere Einsichts- und Anhörungsrechte, um von den staatlichen Behörden sämtliche für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen einholen zu können.
  - Ein Amtshilferecht, um Beschwerden von Kindern gegenüber Bundesbehörden, Bundesgerichten und dem UN-Kinderrechtsausschuss bzw. dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte rechtlich vertreten zu können.
- c) Für die Erfüllung ihrer/seiner Aufgaben, erhält die/der Kinderrechtsbeauftragte in einer spezifischen Haushaltsstelle des Bundes bedarfsgerecht Mittel.
- d) In Abstimmung mit den Ländern und Kommunen ist deren Zusammenarbeit mit der/ dem Kinderrechtsbeauftragten des Bundes zu definieren.

#### **4. Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit in den Kommunen und auf Landesebene**

Für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf allen gesellschaftlichen Ebenen, sind die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die dafür nötigen Strukturen, z. B. in der Kinder- und Jugendhilfe, im Bildungssystem oder im öffentlichen Freizeitbereich sind bereitzustellen sowie der Zugang für Kinder und Jugendliche zu sichern.

Die Landes- und Kommunalfinanzen sind derart zu gestalten, dass die Aufgaben von Ländern und Kommunen zur Unterstützung und Stärkung der Beteiligung, der Selbstorganisation von und der Angebote für Kinder und Jugendliche, bedarfsgerecht verlässlich und langfristig als Pflichtleistungen der Kommunen und des Landes gewährleistet werden.

Die SPD Thüringen fordert deshalb, einen bedarfsgerechten Anteil in Höhe von mindestens 10 % aller im Rahmen des SGB VIII eingesetzten Finanzmittel für die zuvor genannten Zwecke - im jetzigen Rechtsrahmen des SGB VIII insbesondere die §§ 11, 12 - festzuschreiben.

## **Refugio e.V. fördern (MIG1)**

Wir fordern die SPD-Parlamentarier auf, im Freistaat Thüringen, im Bundestag und auf EU-Ebene sich für die Bereitstellung von geeigneten und ausreichenden Fördermitteln für die Fortsetzung der psychotherapeutischen Angebote des Refugio e.V. einzusetzen. Eine Förderung von Refugio in der Traumabehandlung von Geflüchteten ist aus unserer Sicht weiter dringend nötig.

## Demokratie erlernen und erleben! (D1)

Die SPD Thüringen fordert die Ausweitung der Mitbestimmung vor Ort. Demokratie lebt vom Mitmachen. Für Kinder- und Jugendliche, die alleine aufgrund ihres Alters sowohl aktiv als auch passiv von der politischen Partizipation ausgeschlossen sind, sind wir mit der Landesstrategie Mitbestimmung auf einem guten Weg und auch die formalen Hürden für die Bürger\*innenbeteiligung wurden bereits gesenkt.

Und dennoch benötigen wir weitere Maßnahmen, um bestehende Strukturen wie etwa Kinder- und Jugendbeiräte zu unterstützen, weitere ins Leben zu rufen und Bürger\*innenbeteiligung effektiv zu fördern. Dazu bedarf es einer konkreten Festlegung von Rechten und Pflichten von Entscheidungsträger\*innen in der Kommunalordnung über das aktuelle Maß hinaus sowie einer Verpflichtung zur Beteiligung von Bürger\*innen, hierbei sollten die Rechte als Mindestmaß dienen.

Wichtig ist darüber hinaus ein Partizipationsmanagement, welches sowohl Verwaltung als auch den jeweiligen Räten und Kreistagen, aber genauso Beiräten und engagierten Bürger\*innen die notwendige Beratung und Unterstützung zukommen lässt, um Beteiligung vor Ort zu ermöglichen und fachlich zu unterstützen. Denn damit alle mitmachen können, müssen auch allen die Möglichkeiten gegeben werden.

Begründung: Die Wahlbeteiligung ist seit Jahren übersichtlich, für Kommunalwahlen finden sich nur schwer Kandidat\*innen und bei einer Stadtratssitzung sind Besucher\*innen ohne parteipolitischen Hintergrund so selten wie Regen in der Sahara. Das liegt häufig daran, dass die Beteiligungsmöglichkeiten abseits von Wahlen überschaubar bis nicht vorhanden sind. Einige treibt das zur Mitarbeit in Parteien und Wähler\*innenvereinigungen an, aber die meisten nach einer Weile nicht mal mehr am Sonntag in die Wahlkabine.

Dabei sind die Möglichkeiten vielfältig: Bürger\*innenhaushalt, Fragestunden, Informations- und Diskussionsveranstaltungen bis hin zu Bürger\*innenbefragungen und -entscheiden. In vielen Kommunen haben auch verschiedenste Beiräte Einzug gehalten. Woran liegt es also, dass Beiräte häufig zahnlose Tiger sind, die ihre Mitglieder häufig frustriert zurücklassen oder bei Bürger\*innenversammlungen mehr Mandatsträger\*innen als Bürger\*innen anwesend sind?

Ganz oft an fehlenden Rechten, oder einem nicht an den Bürger\*innen orientierten Vorgehen der Verwaltung. Es muss also klar geregelt werden, welche Rechte Beiräten einzuräumen sind, damit diese nicht bloß schmückendes Beiwerk sind und es bedarf der Unterstützung von Beteiligungsprozessen durch Fachleute, damit bei Bürger\*innenversammlungen Diskussionen vorher und nicht nur Informationen im Nachhinein möglich sind. Dafür brauchen wir einen engeren gesetzlichen Rahmen, der Kommunen in die Pflicht nimmt und Bürger\*innen Rechte einräumt und Personen, die diese Beteiligung unabhängig von politischen Interessen steuern und unterstützen.

---

## Gegen jeden Antisemitismus! (D2)

„Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, daß ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen.“ - T. W. Adorno

Die SPD Thüringen stellt sich entschieden gegen jeden Antisemitismus. Wir wollen Stimme erheben, gegen all jene, die den Holocaust relativieren oder gar leugnen. Für uns war, ist und bleibt „Nie wieder“ Staatsräson. Das Existenzrecht Israels ist für uns nicht verhandelbar. Wir verurteilen zudem den weitverbreiteten antizionistischen Antisemitismus, der verschleiert als eine vermeintliche Israelkritik auftritt, aufs Schärfste.

Wir wollen deshalb einen intensiven Kontakt zwischen der Thüringer Landesregierung, Parlament und dem Staat Israel sowie zwischen den Zivilgesellschaften fördern. Als SPD Thüringen wollen wir weiterhin eng mit der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen zusammenarbeiten.

Der Thüringenmonitor 2017 zeigt erneut, wie weit verbreitet der Antisemitismus in Thüringen ist. Neben der steigenden Zustimmung zu primären Antisemitismus, hat vor allem der sekundäre Antisemitismus,

der einen Schlusstrich ziehen und Erinnerungspolitik, Aufarbeitung und Aussöhnung untergraben will, bedenklich Zustimmungswerte von 29% erfahren. Wir erachten diese Ergebnisse als alarmierend.

Wir fordern die Landesregierung auf, auch in Zukunft ausreichend Mittel für die Antisemitismusforschung zur Verfügung stellen. Als SPD Thüringen wollen wir gesellschaftliche Initiativen, Verbände und Vereine, die gegen Antisemitismus kämpfen, unterstützen. Im eigenen Bildungsprogramm wollen wir uns diesem Thema gesondert widmen.

Wir wollen Flagge zeigen. Deshalb setzen wir uns gegen die antisemitische BDS ("Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen für Palästina")-Kampagne ein. Eine Beteiligung an der BDS-Kampagne oder Formate (Veranstaltungen, Ausstellungen, Demonstrationen, usw.), an der die BDS-Bewegung beteiligt ist, sind mit der SPD nicht vereinbar. Wo die SPD in Bündnissen vertreten ist, setzen wir uns gegen jegliche Form der Kooperation mit Vereinigungen, welche BDS-Kampagne unterstützen ein. Weiterhin werden wir unsere Anstrengungen zur Aufklärung über die Hintergründe und Motive dieser Kampagne verstärken.

Wir sind uns unserer Verantwortung aus der Geschichte bewusst. Darum stehen wir als Partei ein, für die deutsch-israelische Freundschaft, eine mahnende Erinnerungspolitik, die Aufarbeitung von altem wie neuem Antisemitismus und den Schutz der jüdischen Bevölkerung.

---

## Transparente Demokratie (Ini)

November 2018 konnte man es wieder beobachten. In den Midterms in den USA hat Donald Trump wiederholt versucht Menschengruppen gezielt zu manipulieren, um ihre Wähler\*innenstimmen abzugreifen. Wie die Onlineplattform netzpolitik.org berichtete, konnten gezielte Falschnachrichten und -botschaften in sozialen Netzwerken entlarvt werden. Diese sollten den Wählerinnen und Wählern vorgaukeln, Donald Trump vertrete fälschlicher Weise ihre Interessen.

Dieses Jahr war ein Jahr der gelebten Demokratie. Nach den letzten Kommunalwahlen in Thüringen, steht uns nun auch die nächste Landtagswahl bevor. Dabei rückt in den Wahlkämpfen vor allem die Online-Präsenz verstärkt in den Fokus und damit verbunden auch die gezielten personalisierten politischen Werbeanzeigen bzw. Botschaften in den sozialen Netzwerken, das sogenannte Microtargeting. Diese oft genutzte Praxis von gezielter Verbreitung von Botschaften und Positionen einer Partei, bietet den Vorteil, spezifische Gesellschaftsgruppen mit bestimmten Informationen zu versorgen und die eigene Stellung zum Thema zu verdeutlichen. Ein Nachteil dabei: Dark-Ads, also versteckte und meist sehr kurzlebige Werbekampagnen oder Botschaften. Sie verursachen es, dass einige Gruppen, die sich außerhalb einer bestimmten Gesellschaftsgruppe befinden, oft unvollständig oder gar keine Informationen und Positionen zu gewissen Themen zu sehen bekommen. Das macht eine öffentliche Debatte oft unmöglich. Auch Parteien können diese versteckten, auf Zielgruppen zugeschnittenen Botschaften nutzen, um mit völlig gegenteiligen Aussagen in verschiedenen Wählergruppen Stimmen abzugreifen. Geschehen so zum Beispiel im auch im letzten US Wahlkampf des populistischen Stabs rund um US-Präsident Donald Trump. Auch hier in Thüringen kann eine solche Wähler\*innenbeeinflussung durch Parteien wie AfD und anderen rechtskonservativen und populistischen Organisationen stattfinden. Auch wenn die SPD ein solches Ziel definitiv nicht verfolgt, können wir mit leuchtendem Beispiel voran gehen und populistischen Parteien, deren probates Mittel eine solche Beeinflussung durch versteckte und widersprüchliche Botschaften sein kann, in die Parade fahren.

Für die SPD steht ein offener Diskurs und freiheitliche demokratische Meinungs- und Willensbildung in unserer Gesellschaft im Fokus. Und das leben wir vor. Daher fordern wir:

- Die SPD Thüringen nimmt eine Vorreiterposition einer größtmöglichen Transparenz in der Thüringer Parteienlandschaft ein. Daher wollen wir, dass auf Kreis- und Landesebene alle geschalteten politischen Botschaften, die zielgruppenorientiert in den sozialen Netzwerken, via Mail oder Webseitenartikel „veröffentlicht“ werden, für die Zivilgesellschaft, die Forschung und die Medien frei zugänglich gemacht werden und so keine Dark Ads entstehen. Das konnte in der Form einer Übersicht - zum Einsehen oder zum Download - auf den offiziellen Internetauftritten, wie Webseiten bereitgestellt werden. Dabei ist es nötig, nicht nur die Botschaft selbst, sondern auch Ort (Kanal), Zeit und Dauer der Veröffentlichung erkennbar zu machen.
- Die SPD Thüringen sollte sich zudem nachhaltig für eine Erweiterung des Parteiengesetzes (PartG) aussprechen, die alle Parteien dazu auffordert, ihre online und offline Werbung und Botschaften zu dokumentieren, zu konservieren und uneingeschränkt für Zivilgesellschaft, Forschung und Medien zugänglich zu machen. Die Dokumentation sollte dabei rechenschaftspflichtig werden.

## **Bekanntnis zum Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt (GS1)**

Die SPD Thüringen bekennt sich zum Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt, welches am 30. Januar 2018 im Thüringer Landtag beschlossen wurde. Die SPD Thüringen befürwortet die in dem Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt geschilderten Maßnahmen für eine lebendigere und offener Gesellschaft. Die in dem Programm aufgeführten Maßnahmen sind wichtig und sollen in der weiteren Arbeit der SPD Thüringen und weiterer Koalitionsparteien auf Landes- und Kommunalebene bestmöglich umgesetzt und fortgeschrieben werden.

Das Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt ist der erste Schritt von Maßnahmen, um die Akzeptanz für vielfältige Lebensweisen und Rollenbildern in unserer Gesellschaft in allen Landesteilen zu schaffen. Daher ist es wichtig, dieses für die kommenden Jahre zu sichern.

Die SPD Thüringen möge beschließen, für kommende Koalitionsverhandlungen das Fortführen des Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt (2018) als Bedingung für eine Zusammenarbeit in einer Regierungsbeteiligung zu stellen. Dieses Landesprogramm soll in das Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2019 als Forderung aufgenommen werden. Ein Koalitionsvertrag darf nicht ohne das Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt (2018) beschlossen werden.

## Mehr Gleichstellung in der SPD (PO2)

Auf allen Ebenen und bei sämtlichen Aktivitäten der SPD soll sichergestellt sein, dass

- alle Ämter, Gremien und Mandate paritätisch besetzt werden,
- der Reißverschluss bei Listenwahlen auf allen Ebenen eingehalten und in der Wahlordnung für sämtliche Gliederungen der Partei verpflichtend festgelegt und kontrolliert wird,
- Sanktionen geschaffen werden für den Fall, dass Quotenregelungen nicht eingehalten werden,
- der ASF-Vorstand der nächst höheren Ebene das Recht erhält, gegen satzungswidrige Wahlen, Nominierungen usw. die Schiedskommission anzurufen,
- die gleiche Repräsentanz der Geschlechter bei Veranstaltungen und in der öffentlichen Darstellung gewährleistet ist und darüber berichtet wird,
- Parteiveranstaltungen, bei denen nicht nachgewiesen werden kann, dass sich um einen Podiumsanteil von mindestens 40 % Frauen bemüht wurde, nicht finanziert bzw. durchgeführt werden,
- alle zukünftigen Veröffentlichungen, die nicht sprachlich gegendert sind, vor dem Versandt überarbeitet werden,
- die Debattenkultur aufgebrochen wird durch konsequente Moderation und durch Redebeiträge nach dem Reißverschlussprinzip,
- die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt auch innerhalb der SPD verbessert wird, beispielsweise durch Termine und Sitzungen zu familienfreundlichen Zeiten, mit verbindlichem Beginn und Ende sowie falls erforderlich begleitenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten,
- Partnerschaftlichkeit auch innerhalb der SPD gelebt wird und durch die Möglichkeit paritätisch besetzter Doppelspitzen Führungspositionen auch in der SPD geteilt werden können,
- durch mehr Projektarbeit auch denjenigen Mitgliedern die Übernahme von Verantwortung in der Partei ermöglicht wird, die sich neben Beruf und Ehrenamt um die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen kümmern.

---

## Barrieren einreißen! Auch bei der SPD Thüringen (PO3)

Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am Leben in der Gesellschaft ist ein Grundanspruch der SPD. Diesem Anspruch genügen wir in unserem Landesverband jedoch nicht. Deswegen fordern wir von uns selbst: Seid inklusiv!

Die Ursachen für die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung oder chronischen und seltenen Erkrankungen sind in der Gesellschaft zu verorten, in der Wechselwirkung zwischen dem Menschen mit Behinderung und Barrieren in Umwelt und Einstellungen. Bei der Kategorie Behinderung handelt es sich um eine gesellschaftliche Konstruktion, die einem ständigen Wandel unterliegt. Diese Konstruktion führt jedoch zu ständiger Diskriminierung. Wir wollen aber nach neuen Lösungen suchen, behindernde Barrieren erkennen und beseitigen, um eine Teilhabe für alle zu ermöglichen.

Die Aktion Mensch definiert Inklusion als das Gegenteil von Ausgrenzung. Auch wir wollen, dass sich jede\*r in der Gesellschaft und in unserem Verband willkommen fühlt. Wir wollen uns für das Recht auf Selbstbestimmung und die Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung oder chronischen und seltenen Erkrankungen einsetzen. Als einen ersten Schritt dazu sehen wir Ausweitung der Barrierefreiheit in unserem Verband, um es allen zu ermöglichen sich bei uns zu engagieren, ohne an Grenzen zu stoßen. Barrierefrei ist dabei etwas, wenn es ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar ist.

Deswegen fordern wir:

- den Druck von Wahlprogrammen und Parteitagsbeschlüssen in Braille-Schrift ("Blindenschrift") und einfacher Sprache, falls diese angefragt werden.
- das Angebot von Wahlprogrammen und Parteitagsbeschlüssen als Audio-Dateien und barrierefreien PDF- und RTF-Dateien.
- Dolmetscher\*innen für deutsche Gebärdensprache und Schriftmittlung auf grundsätzlich allen SPD-Landesparteitagen, sowie DGS-Dolmetscher\*innen auf allen weiteren Verbandsveranstaltungen, falls diese angefragt werden.
- die Anschaffung von Rampen in allen nicht-barrierefreien Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros.
- barrierefreie Tagungsorte, die mit Rampen und/oder Aufzügen sowie ausreichend breiten Türen ausgestattet sind. Falls diese nicht verfügbar sein sollten, muss auf deren Fehlen ausdrücklich hingewiesen werden. Außerdem ist darauf zu achten, dass die Veranstaltungsorte auch mit dem ÖPNV barrierefrei zu erreichen sind und ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen.
- barrierefreier Zugang zum Rednerpult.
- die Überarbeitung der Website SPD Thüringen nach den Richtlinien des BITV/WCAG.
- die Schaffung von Ruhebereichen und -räumen bei Veranstaltungen, falls diese angefordert werden.
- das Angebot eines Live-Streams und Chats bei Parteitagen.
- Einrichtung einer AG "Selbst Aktiv".
- bei Einladungen besonderen Bedarf abfragen.

Weiterhin wollen wir in unserer täglichen Verbandsarbeit auf die Bedürfnisse aller achten, beispielsweise durch ausreichend Visualisierungen, Pausen, Sitzmöglichkeiten, niedrigschwellige Methoden und das Verwenden von Universal Design. Weiterhin muss darauf geachtet werden, bei Veranstaltungen den Teilnehmenden so viele Informationen wie nur möglich vorab zuzuschicken, damit diese sich ausreichend vorbereiten können und den kompletten Ablauf nachvollziehen können. Wir möchten außerdem die Möglichkeit bieten, einen individuellen Bedarf bei der Veranstaltungsanmeldung anzugeben. Weiterhin wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Rechtsansprüche von Menschen mit Behinderung ausgeweitet werden, bspw. für ein Recht auf DGS-Dolmetscher\*innen beim politischen Engagement. Gleichberechtigte Teilhabe ist facettenreich und individuell verschieden, sodass wir uns weiterhin mit Betroffenen und Expert\*innen austauschen werden, um unser Konzept eines inklusiven Verbandes umsetzen zu können.

---

Herausgeberin:

**SPD Thüringen**

Juri-Gagarin-Ring 158, 99084 Erfurt

Telefon: +49 361 22844-0

E-Mail: [thueringen@spd.de](mailto:thueringen@spd.de)

Internet: [www.spd-thueringen.de](http://www.spd-thueringen.de)

Version: 181116